Gelsenkirchener Zeitung.

Bezugspreis durch Boten zugestellt oder durch die Post bezogen
für die Woche vom 19. bis 25. November 350 Milliarden Mk. — Einzel-Nummer 70 Milliarden Mk.
Erscheint täglich, außer an Sonn- und Festtagen.
Gratis-Beilagen:
„Gelsenkirchener Sonntags-Zeitung", „Am Herdfeuer" und „Sport-Extrablatt"
Telegramm-Adresse: Gelsenkirchener Zeitung. — Postscheck-Konto Essen Nr. 131 46.
Geschäftsstelle: Gelsenkirchen, Ahstraße 37, geöffnet von morgens 8—1 Uhr, 2—6 Uhr abends.
Fernsprech-Anschluß: Amt Gelsenkirchen Nr. 124 und 125.
Verlag und Rotationsdruck von Chr. Münstermann in Gelsenkirchen.

Anzeigenpreis für 1 mm Raumhöhe (27 mm breit) vom 17. November ab:
Grundpreise: Ortsanzeigen 50, kleine Anzeigen nicht geschäftlicher Art und Familienanzeigen 30, auswärtige Anzeigen 60, Reklamen (80 mm breit) 250. Schlüsselzahl 800 Millionen.
Grundpreis mal Schlüsselzahl ergibt den Anzeigenpreis.
Besondere Mitteilung bei Aenderung der Anzeigenpreise erfolgt auch bei laufenden Abschlüssen nicht.
Bei nicht sofortiger Zahlung der Anzeige wird für das jedesmalige Vorzeigen der quittierten Rechnung eine Gebühr von 5 Proz. des Rechnungsbetrages erhoben.
Für Aufnahmen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für Aufträge mittels Fernsprecher wird keine Gewähr und für Druckfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassarabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen acht Tagen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung, Erscheinungsverbot hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 261 — Montag, den 19. November 1923 — 59. Jahrgang.

Der Reichskanzler über die politische Lage

Von entscheidender Bedeutung.

na. **Berlin, 18. Nov. (Telegr.)** Mit großer Spannung sieht man in politischen Kreisen der heutigen Sitzung des Zentralausschusses der Deutschen Volkspartei entgegen. Man erwartet, daß Stresemann hierbei die kleine Gruppe in seiner eigenen Partei, die schon seit geraumer Zeit mit den Deutschnationalen hinter dem Rücken des Kanzlers verhandelt, nun endlich ausscheiden wird. Von dem Ergebnis dieser Sitzung dürfte sehr vieles für die weitere Gestaltung der Dinge abhängen. So kündigt z. B. die „Vossische Zeitung" an, daß die Haltung der Demokraten bei dem Zusammentritt des Reichstages von der Haltung Stresemanns gegenüber dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei abhängen werde.

Im übrigen ist die innerpolitische Lage und die Zukunft des Kabinetts Stresemann noch recht unaeklärt, nicht zuletzt durch die verschiedenen Maßregeln auf wirtschaftlichem Gebiete. Am Samstag ist die Geltungsdauer der Demobilmachungsverordnung erloschen, so daß der Achtstundentag praktisch ungeschützt ist. Die Unternehmer sind auch teilweise sofort daran gegangen, diese Lage auszunützen. Hierbei wird nicht das notwendige Verständnis für die Notlage der Gegenwart aufgebracht, so daß auch die christlichen Gewerkschaften die mangelnde Opferbereitschaft mancher Unternehmer tadeln zu müssen glauben. In einem scharfen Artikel wendet sich der „Vorwärts" gegen die Wirtschaftsdiktatur.

Diese Woche wird noch manche schwere Entscheidung bringen. Dabei ist nicht nur an die hoffentlich recht bald erlösende Klärung der schleichenden Regierungskrise zu denken, sondern auch an die Entscheidung in der Rheinlandfrage, die immer noch nicht erfolgt ist.

Aus der Rede des Reichskanzlers.

x **Berlin, 18. Nov. (Telegr.)** In der heutigen Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei sprach der Reichskanzler über die politische Lage. Daß

die Aufgabe des passiven Widerstandes

eine Notwendigkeit gewesen sei, bestreite niemand. Es wird der Regierung aber vorgeworfen, die Aufgabe sei bedingungslos erfolgt, und sie habe den vollkommenen Zusammenbruch unserer Außenpolitik dokumentiert. Demgegenüber sei zweifellos festzustellen: Machtmittel, um die Bedingungen durchzusetzen, gab es nicht, und die ideelle Widerstandskraft, auf der der passive Widerstand zunächst aufgebaut wurde, war nicht von unbegrenzter Dauer. Je schwerer die Ausgaben auf unseren Finanzen lasteten, umso mehr mußten wir uns entschließen, den Widerstand auch ohne Durchsetzung unserer Bedingungen aufzugeben.

Zweitens mußte versucht werden, ob

mit Frankreich zu einer Lösung

zu kommen war oder nicht. Die diplomatische Entwicklung, auch wenn sie sich praktisch erst in späteren Zeiten auswirken könne, gäbe doch wohl kein Recht, von einem außenpolitischen Mißerfolg zu sprechen, soweit das Kabinett überhaupt imstande sei, auf diese Entwicklung unmittelbar einzuwirken. Alle Maßnahmen politischer und diplomatischer Natur haben doch dazu beigetragen, **daß in dem zielbewußten Zusammenwirken beider angelsächsischer Mächte, in der Trennung Italiens von seinen Nachbarn und in dem Schwanken Belgiens eine Lage für Frankreich eingetreten ist, die dieses Land auf die Dauer nicht so wird tragen können wie bisher.** Er wolle gar nicht behaupten, daß die Wirkungen dieser Politik für uns zunächst unter allen Umständen glücklich sein werden. Die Bedeutung der Entwicklung liege für uns darin, daß durch sie vielleicht

ein neuer europäischer Geschichtsabschnitt

eingeleitet werde. Diese Bedeutung bleibe bestehen, wenn die nächste Folge in weiteren Sanktionen Frankreichs bestehe. Er könne keine Hoffnungen machen, daß es in Deutschland in der nächsten Zeit besser werden wird. **Wir können unserer Wirtschaft nicht sofort aufhelfen und ein weiteres Wachsen der Arbeitslosigkeit nicht verhindern.** Der Etat sei auf dem Papier ins Gleichgewicht gebracht. Ob er sich aber wird durchführen lassen, muß erst die Praxis ergeben. **Wir stehen vor der Tatsache, daß wir**

Rhein und Ruhr nicht mehr finanzieren

können, ohne daß das ganze Reich zusammenbricht. Man mache sich in der Oeffentlichkeit noch nicht die richtige Vorstellung davon, daß wir unter einer inländischen Finanzkontrolle stehen, nämlich der der Rentenbank. **Mit den Krediten, die wir von dieser Seite bekommen, müssen wir unbedingt auskommen. Das besetzte Gebiet braucht für 10—14 Tage etwa 100 Millionen Goldmark. Unser Kredit würde also, wenn wir auch noch wenige Wochen weiter zahlen wollten, bald erschöpft sein, und damit wäre alles verloren, was wir mit der Rentenmark erreichen wollten.**

Zu den Vorwürfen, daß die Einführung einer wertbeständigen Währung so lange gedauert habe, erklärte der Kanzler: Bei den Ausgaben, die wir während der Zeit des passiven Widerstandes hatten, wäre das wertbeständige Geld in kurzer Zeit verbraucht worden. Damals brauchten wir noch das Papiergeld.

Innerpolitisch hat uns

die bayerische und die sächsisch-thüringische Frage

am meisten beschäftigt. Daß es gelungen ist, die Lösung der sächsischen Frage unter Zustimmung der sozialdemokratischen Minister in Angriff zu nehmen, war die Folge einer Politik, die man doch wohl nicht als Fehlschlag bezeichnen kann. Es wäre gefährlich, den Bogen des Zentralismus zu überspannen. Die Neubildung der sächsischen Regierung war Sache der sächsischen Landtagsfraktionen. In Thüringen hat sich das Ausscheiden der Kommunisten erfreulicherweise ruhig vollzogen. Die Bildung einer neuen thüringischen Regierung ist selbstverständlich auch Sache der dortigen Landtagsfraktionen.

In Bayern stellte sich das Kabinett gegenüber der Zentralgewalt, ohne daß dabei die Notwendigkeit eines direkten Eingreifens vorlag. Die einzelnen Teile der Reichswehr müssen unbedingt unter einer zentralen Leitung zusammengefaßt sein. Von dem Einzelfall des „Völkischen Beobachters" abgesehen, bin ich doch der Ansicht, daß, wenn ein militärischer Befehl gegeben worden ist, auch ausgeführt werden muß. Wenn gewisse Köpfe der Befehlsempfänger der Ansicht sind, sie können den Befehl nicht ausführen, dann aber müßten sie ihr Amt niederlegen. Inzwischen haben die Dinge in Bayern eine neue Entwicklung eingeschlagen. Es wird der Reichsregierung immer zugerufen: „Taten!" Nun, dort in München waren die Tatmenschen! Wie soll man sich aber die Politik denken, wenn sie von solchen Tatmenschen gemacht wird? Was im übrigen gegen die Persönlichkeiten des 9. November zu tun ist, muß Sache des Reichsanwalts sein. Es gibt viele, die behaupten, die Parteien seien tot, und die Regierung müsse sich auf die nationalen Kraftwellen des Landes stützen. Wenn sich eine Regierung aber auf die nationalen Verbände stützen wollte, so wäre eine solche Diktatur die abhängigste Regierung, die sich denken läßt. Wir hätten eine Diktatur, die ausgeübt wird von gewissen Führern des Wirtschaftslebens und von den nationalen Verbänden und der Inhalt der Regierungspolitik richtet sich danach, was diese Verbände als nationale Politik ansehen.

Zur Kabinettsfrage

sagte der Kanzler, das gegenwärtige Kabinett müsse sich die Mehrheit suchen, und wenn es die Mehrheit nicht findet, so werde die Frage akut werden: **Soll nun der Reichstag aufgelöst werden, oder soll das Direktorium kommen,** das sich unter Ausschaltung der Parteien auf die wirtschaftlichen Verbände stützt? **Vor diesem zweiten Wege warne ich.** Käme die Diktatur, so würden wir die außenpolitische Mehrbelastung, die daraus erwächst, nicht mehr ertragen können.

Zur Rückkehr des Kronprinzen

bemerkte er unter stürmischem Beifall: **Man wird uns** voraussichtlich die Forderung stellen, den Kronprinzen auszuliefern, und wir werden diese Forderung selbstverständlich ablehnen.

Wir stehen in Verhandlungen über ausländische Kredite, die nur dann zum Erfolg führen können, wenn sich Deutschland von inneren Krisen frei hält.

Für die Mehrleistung und Mehrproduktion

wird die Regierung die Voraussetzung schaffen. Die Regelung der Arbeitszeit wird ungefähr in dem Sinne erfolgen, wie sie durch das Arbeitszeitgesetz vorgesehen war. Die Verminderung des Beamtenapparates, die Aufhebung der Ausfuhrkontrolle, die Führung von Kreditverhandlungen und alles was an Regierungstätigkeit vor Augen liege, wird zeigen, daß das Kabinett es an Arbeitsaktivität und Verantwortungsfreudigkeit nicht hat fehlen lassen.

Vertrauensvotum der deutschen Volkspartei.

ss **Berlin, 18. Nov. (Telegr.)** Der Zentralausschuß der Deutschen Volkspartei nahm in seiner heutigen Sitzung, die bis nach 10 Uhr andauerte, mit 206 gegen 11 Stimmen **eine Entschließung an, in der das Vertrauen zu Dr. Stresemann ausgesprochen wird. Ferner wird die Uebereinstimmung mit der Politik der Reichsregierung in der Rheinlandfrage zum Ausdruck gebracht. Eine Veränderung der staatsrechtlichen Stellung des Rheinlandes dürfe nicht in Frage kommen. Deutsch sei der Rhein und deutsch müsse er bleiben.** Ferner wurde zum Ausdruck gebracht, daß, solange die Reichsregierung nicht über eine feste parlamentarische Mehrheit verfüge, die Zulassung derjenigen Partei zu erstreben sei, die die Regierung stützen könne. Der Zentralvorstand stimmte mit dem Fraktionsvorsitzenden Dr. Scholz darin überein, daß kein Mitglied der Reichstagsfraktion gewillt ist, die Person des bewährten Kanzlers irgendwelchen Forderungen anderer Parteien zum Opfer zu bringen. Er erwartet von der Reichstagsfraktion und ist davon überzeugt, daß sie ihren Führer in seiner Politik restlos unterstützen werde.

Berliner Beratungen über das besetzte Gebiet.

= **Berlin, 17. Nov.** Heute vormittag fand den Blättern zufolge eine Besprechung der Ministerpräsidenten der an das besetzte Gebiet unmittelbar interessierten Länder, Preußen, Oldenburg, Baden und Hessen, mit der Reichsregierung statt. Im Anschluß daran trat der 15er Ausschuß der besetzten Gebiete zu Beratungen mit der Reichsregierung zusammen.

)(**Berlin, 18. Nov. (Telegr.)** Heute vormittag fand in der Reichskanzlei eine Besprechung zwischen der Reichsregierung, den Ministerpräsidenten und Vertretern derjenigen Länder, von denen Teile unter der Okkupation stehen, über Fragen des besetzten Gebietes statt. Die Besprechung wurde am Nachmittag unter Hinzuziehung von Vertretern aus den besetzten Gebieten fortgesetzt, haben aber noch nicht ihren endgültigen Abschluß gefunden, da einige Punkte noch der Klärung bedürfen.

Poincare über seine Politik.

ss **Paris, 18. November 1923. (Telegr.)**

Ohne sich eingehend mit den augenblicklichen Verhandlungen vor der Botschafterkonferenz zu beschäftigen, hat Poincare im letzten Teil seiner Rede, die er heute bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals in Neuilly gehalten hat, sich in außerordentlich energischer Weise für die Forderungen Frankreichs ausgesprochen. Er sprach von der Tätigkeit der Interalliierten Kontrollkommission und behauptete, Deutschland habe versucht, im Dunkeln seine Rüstungen wiederherzustellen und militärische Formationen zu bilden, die durch den Versailler Vertrag untersagt seien. Gleichzeitig habe Deutschland den Kronprinzen ermächtigt, wieder nach Deutschland zurückzukehren, obwohl er an der Spitze der Kriegsschuldigen stehe. Dies sind, so erklärte Poincare, Herausforderungen gegenüber den Alliierten seitens der deutschen Regierung und Verletzungen des Friedensvertrages. Sanktionen sind notwendig und wir werden dazu schreiten, wenn wir keine Genugtuung erhalten. Wir sind entschlossen, die auf Grund des Versailler Vertrages besetzten Gebiete nicht zu räumen, bevor alle Bestimmungen, die in Versailles unterzeichnet wurden, vollkommen ausgeführt sind, und bevor wir in solider Weise gegen alle Möglichkeiten eines Angriffes geschützt sind.

Der übrige Teil der Rede Poincares bewegte sich in den bekannten Linien und beschäftigte sich mit der Reparationsfrage, dem passiven Widerstand und dem Sachverständigenkomitee. Poincare bedauert, daß sich England nicht der Ruhraktion angeschlossen habe. Die Großindustriellen, sagte er, die daran gewöhnt gewesen seien, Deutschlands Geschick zu bestimmen, hätten nunmehr eingesehen, daß die Zeit, den Friedensvertrag zu erfüllen und die Lieferungen auszuführen, gekommen sei und zwar trotz des neuen Kredits von 100 Millionen Goldmark, den das Reich ihnen gestern gewährt hat.

Hinsichtlich der Sachverständigenkonferenz meinte Poincare, die Reparationskommission habe genügend Kommissionen zur Verfügung, um so oft wie sie dies für notwendig halte, die Zahlungsfähigkeit Deutschlands abzuschätzen. Frankreich habe trotzdem „aus Rücksicht auf seine Alliierten" seinerzeit im Prinzip den Zusammentritt einer Sachverständigenkommission gebilligt, aber verlangt, daß sich die Untersuchung dieser Sachverständigen im Rahmen des Friedensvertrages bewege.

Poincare unterstreicht dann, daß Frankreich die Suche nach den im Ausland verborgenen Kapitalien als notwendig erachte und erklärt in diesem Zusammenhang: „Man hat unsere Vorschläge für die Untersuchung seinerzeit als zeitlich zu eng befunden, weil wir nicht wollten, daß die Zukunft Deutschlands nach seiner augenblicklichen Lage beurteilt wird; aber ich bin nicht sicher, ob man unsere Vorschläge als etwas zu weit im räumlichen Sinne befunden hat und ob unsere Absicht, die deutschen Guthaben zu buchen, wo sie sich immer befinden, gewissen Personen unangenehm war." Jetzt könne nur die Reparationskommission wieder in ihre Rechte eintreten. Sie wird nunmehr die deutschen Vertreter hören und die Sachverständigen ernennen, welche ihr recht sind, um die deutsche Zahlungsfähigkeit heute, morgen oder später, so oft es ihr gut erscheint, abzuschätzen. Sie wird, fährt Poincare fort, die Ziffern festsetzen, so wie sie es für gerecht hält, und wir werden mit den Pfändern, die wir in der Hand halten, und die wir nur gegen endgültige Bezahlung loslassen werden, Deutschland schon dazu zu bringen wissen, daß es seine Schulden begleicht.

Vor der Entscheidung der Botschafter-Konferenz?

Sitzung am Montag.

□ **Paris, 18. Nov. (Telegr.)** Die Botschafterkonferenz wird am Montag vormittag eine Sitzung abhalten, um eine Entscheidung in der Angelegenheit der Rückkehr des Ex-Kronprinzen und der Wiederaufnahme der Militärkontrolle zu treffen.

Am Nachmittag desselben Tages wird der Ministerrat im Elysee zusammentreten, um die Vorschläge der Botschafterkonferenz zu prüfen.

Der belgische Standpunkt.

ss **Paris, 18. Nov. (Telegr.)** Der Brüsseler Korrespondent des „Temps" schreibt seinem Blatt: Die belgische Regierung beharrt weiter auf der Annahme, daß energische Maßnahmen notwendig sind, die durch eventuelle Sanktionen unterstützt werden müßten. Anderseits legt sie auf die Einigkeit der Alliierten den größten Wert. Für den Fall, daß am Montag unter den Alliierten noch keine Einigkeit erzielt werden kann, ist es wahrscheinlich, daß die Leiter der belgischen Politik die Möglichkeit klar ins Auge fassen würden, gemeinsam mit denjenigen Alliierten, die dieselben Sorgen haben wie sie, Maßnahmen zu ergreifen und darauf Sanktionen in Anwendung zu bringen. Es würde also ein Meinungsaustausch nötig sein, um eine gemeinsame Basis festzulegen. Dieser Meinungsaustausch könnte alsdann auf diplomatischem Wege stattfinden oder noch besser durch eine Zusammenkunft der Premierminister in Paris.

Für Montag nachmittag ist dem Korrespondent zufolge unter dem Vorsitz des belgischen Königs ein Ministerrat einberufen, der die vor der Botschafterkonferenz schwebenden Fragen behandelt und die notwendigen Entscheidungen treffen wird. Ihnnis werde über das Problem der Sicherheiten, sowie über die notwendigen Vorsichtsmaßregeln sprechen. Nach den Informationen, die in belgischen journalistischen Kreisen eingetroffen sein sollen, soll sich in der englischen Auffassung eine Wandlung vollzogen haben. Die englische Regierung sei nunmehr geneigt, „progressive Sanktionen" anstatt unmittelbarer Sanktionen „als möglich" anzuerkennen.

Auf dem Wege zum Kompromiß?

ss **Paris, 18. Nov. (Telegr.)** Man sieht nunmehr in Paris voraus, daß die morgige Sitzung der Botschafterkonferenz zu einer vorläufig im wesentlichen allerdings formalen **Einigung der Alliierten** auf eine vermittelnde Formel im Sinne desjenigen Vermittlungsvorschlages kommen wird, den der italienische Botschafter mit Unterstützung des belgischen Botschafters im Verlaufe der letzten Sitzung der Botschafterkonferenz abgegeben hat. Als der englische Botschafter Lord Crewe gestern nachmittag um 5 Uhr dem Quai d'Orsay mitteilte, daß die englische Regierung nunmehr ihren Standpunkt unweigerlich festgelegt habe **und von keiner Androhung von Sanktionen etwas wissen wolle,** herrschte in den hiesigen politischen Kreisen tiefer Pessimismus. Man glaubt, die morgige Sitzung der Botschafterkonferenz könne nur noch die vollkommene Uneinigkeit der Alliierten zur Kenntnis nehmen, und der morgige französische außerordentliche Ministerrat wird alsdann die Absendung einer Drohnote an Deutschland beschließen und, falls dieser nicht Folge geleistet würde, zu neuen Sanktionen greifen.

In den späteren Nachmittagsstunden setzte sich alsdann eine stärkere politische Kraft in Bewegung, und bereits um 9 Uhr abends wurden den französischen Journalisten am Quai d'Orsay Erklärungen abgegeben, aus denen zu entnehmen war, daß ein formales Einverständnis in der morgigen Sitzung der Botschafterkonferenz nicht ausgeschlossen erscheint. Dieser Eindruck befestigte sich im Laufe des heutigen Tages dadurch, daß man erklärte, der englische und der italienische Botschafter in Paris würden im Verlaufe des heutigen Tages eine neue Besprechung miteinander haben. Es heißt, daß man sich

auf folgender Linie

vorwärts bewege:

Die Alliierten werden eine gemeinsame energische Note an Deutschland richten, die gegen das Verbleiben des Kronprinzen in Deutschland Protest erhebt. Dieser Punkt, d. h. die Kronprinzenfrage, wird aber nunmehr als von weniger großer Bedeutung angesehen. In der Frage der Interalliierten Militärkontrollkommission würde man eine progressive Wiederaufnahme dieser Kontrolle ins Auge fassen, wobei es dem Ermessen des Leiters der Interalliierten Kontrollkommission in Berlin, General Nollet, überlassen bleiben würde, darüber zu urteilen, wo diese Kontrolle ausgeübt werden kann, ohne unbedingt zu Zusammenstößen mit der deutschen Bevölkerung führen zu müssen. Man würde diese Note als einen letzten Appell an den guten Willen Deutschlands betrachten.

Frankreich schließe sich unter diesem Gesichtspunkte der Auffassung an, daß diese Note **vorläufig keine Androhung von Sanktionen** enthalten soll. Man erwartet daraufhin, daß Deutschland dieser gemeinsamen Aufforderung der Alliierten nachkommen wird. **Ist dies nicht der Fall, so würde die französische Regierung zu ihrem Teil in jedem Falle zu Sanktionen schreiten,** während die Auffassung der übrigen Alliierten in diesem Punkte noch unbestimmt bleibt, da man in englischen diplomatischen Kreisen das Prinzip der Sanktionen vorläufig wenigstens vollkommen ablehnt, um jede indirekte Bestätigung der Ruhrbesetzung zu vermeiden. Es bleibt jedenfalls aber noch die Entscheidung des morgigen außerordentlichen Ministerrates in Paris abzuwarten und der Einfluß, den die Haltung der hiesigen Rechtskreise noch in letzter Stunde auf die Entscheidung der französischen Regierung ausüben kann.

Englands Haltung.

x **London, 18. Nov. (Telegr.)** Das Reutersche Bureau erfährt aus gutunterrichteten Kreisen, daß die britische Regierung vollkommen bereit sei, bei Deutschland mit Bezug auf die Rückkehr des vormaligen deutschen Kronprinzen und die Frage der Wiederaufnahme der alliierten Militärkontrolle zu protestieren. **Großbritannien sei jedoch nicht bereit, einer Protestnote Klauseln zuzufügen, die weitere Sanktionen für den Fall androhen, daß Deutschland nicht sofortige Genugtuung gewährt.** Die Ansicht in London sei, **daß eine Militärkontrolle nur allmählich wieder aufgenommen werden dürfe.**

x **London, 18. Nov. (Telegr.)** Am Schlusse eines Leitartikels der „Times", der sich mit einem offenen Briefe des Generals Smuts an das Blatt beschäftigt, in dem, wie bereits gemeldet, der südafrikanische Staatsmann als einzige Hoffnung für die Rettung Europas die unverzügliche Einberufung einer Reparationskonferenz durch Großbritannien im Einvernehmen mit Afrika, nötigenfalls auch ohne Frankreich befürwortet, heißt es: „Die Reise und der Aufenthalt des ehemaligen Kronprinzen sind in Wirklichkeit belanglos. Was über den früheren Kaiser geredet wird, ist lediglich Lärmgeschrei. Die augenblicklich alles überragende wirklich wichtige Tatsache, die die britische Regierung ins Auge fassen muß, ist, daß Europa die von dem Versailler Vertrag gezogenen Linien durchbrochen hat und daß es neue und gefährliche Formen annimmt, deren wahre Bedeutung man in England noch kaum angefangen hat, zu begreifen.

*

ss **Amsterdam, 18. Nov. (Telegr.)** Die sozialdemokratische Fraktion der holländischen Kammer fordert die Einberufung des Auswärtigen Ausschusses zur Besprechung der durch die Rückkehr des Kronprinzen nach Deutschland geschaffenen Lage.

Eine Klarstellung.

WTB **Berlin, 18. Nov. (Telegr.)** Marschall Foch hat in der Botschafterkonferenz behauptet, die Bestände der Reichswehr seien größer als der Vertrag von Versailles es erlaube. Die Herstellung von Kriegsmaterial und Munition sei seit mehreren Monaten in verstärktem Maße betrieben worden. Auch Rußland habe in Uebereinstimmung mit der Reichsregierung Kriegsmaterial und Munition für Deutschland hergestellt. Infolgedessen müsse die Ueberwachung der deutschen Rüstungen sofort wieder beginnen und mit aller Energie durchgeführt werden.

Hierzu wird von amtlicher Seite noch einmal festgestellt, daß **die Reichswehr nicht einmal die im Versailler Vertrag vorgesehene Stärke von 100 000 Mann erreicht,** daß außer ihr im Innern alles in allem noch 150 000 Schutzpolizisten einschließlich der zivilen Polizeibeamten in Deutschland vorhanden und daß die in Deutschland vorhandene Munition **nur für die Deckung des dringenden Bedarfs ausreicht.** Daß die Regierung eifrig bestrebt ist, illegale militärische Verbände, die sich da und dort bilden, zu beseitigen, hat sie wiederholt durch ihr Vorgehen bewiesen.

Eine Erklärung des früheren Kaisers.

ψ **Amsterdam, 17. Nov.** Die Blätter veröffentlichen eine vom vormaligen deutschen Kaiser abgegebene Erklärung, in der es heißt, die Rückkehr des vormaligen Kronprinzen sei ohne sein Vorwissen erfolgt. Wenn der Kronprinz ihn vorher gefragt hätte, so hätte er Einwendungen erhoben. Weiter wird in der Erklärung dementiert, daß der vormalige Kaiser mit einer Bewegung in Verbindung stehe, die die Wiederherstellung der Monarchie bezwecke, daß eine drahtlose Station bestehe und daß eine Anzahl Pläne in Doorn eingetroffen seien.

Reparationserklärung Mussolinis.

Italienische Ausgleichspolitik.

Die Richtlinien Italiens.

ψ **Rom 17. Nov.** Ministerpräsident Mussolini erklärte gestern in einer längeren Rede im Senat, Italien würde eine weitere Besetzung deutschen Gebietes nicht billigen können. (Sehr lebhafter Beifall). Man müssen den Mut haben zu sagen, daß das deutsche

1 Dollar = 2513700000000 Mark.

Amtliche Devisenkurse.

		17. November	16. November
Holland	Geld	947 625 000 000	947 625 000 000
	Brief	952 375 000 000	952 375 000 000
Belgien	Geld	115 710 000 000	115 710 000 000
	Brief	116 290 000 000	116 290 000 000
Norwegen	Geld	363 090 000 000	363 090 000 000
	Brief	364 910 000 000	364 910 000 000
Italien	Geld	107 730 000 000	107 730 000 000
	Brief	108 270 000 000	108 270 000 000
England	Geld	10 982 500 000 000	10 982 500 000 000
	Brief	11 027 500 000 000	11 027 500 000 000
Amerika	Geld	2513 700 000 000	2513 700 000 000
	Brief	2526 300 000 000	2526 300 000 000
Frankreich	Geld	130 635 000 000	130 635 000 000
	Brief	131 365 000 000	131 365 000 000
Schweiz	Geld	442 890 000 000	442 890 000 000
	Brief	445 110 000 000	445 110 000 000
D.-Oesterreich	Geld	35 910 000	35 910 000
	Brief	36 090 000	36 090 000

Volk noch am leben sei. Man könne und dürfe nicht daran denken, dieses Volk zu vernichten. (Beifall und Händeklatschen). Mussolini fuhr fort, es ist ein Volk, welches morgen vielleicht noch einen wichtigen Teil der europäischen Zivilisation bilden wird. Die Richtlinien der italienischen Regierung sind:

Herabsetzung der deutschen Schuld auf eine vernünftige Ziffer und infolgedessen eine entsprechende Herabsetzung der interalliierten Schulden.

Ein genügendlanges Moratorium für Deutschland außer für die Reparationen in natura.

Ergreifung von Pfändern und Garantien.

Räumung des Ruhrgebietes nach Erlangung von Pfändern und Garantien.

Keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands, aber moralische und politische Unterstützung einer Regierung, welche die Ordnung im Reiche wiederherstellt und Deutschland zur finanziellen Gesundung führt.

Keine Aenderung territorialer Art.

Italien ist bereit, in dieser Richtung vorzugehen und sich allen in diesem Sinne gemachten Versuchen anzuschließen. Die Lösung des Reparationsproblems, die ich den Italienern nennen möchte, liegt auf der Linie des Ausgleiches der entgegengesetzten Interessen und entspricht auch den hohen Interessen der Gerechtigkeit.

Aus der Mussolini-Rede.

In seiner Senatsrede stellte Mussolini zur Ruhrfrage fest, daß Italien von Beginn an darauf bestanden habe, die Ruhraktion als eine rein zivile, nicht militärische zu gestalten. Als die Aktion dennoch und trotz des formellen Widerspruchs Englands einen militärischen Charakter annahm, habe Italien mit Rücksicht auf die möglichen schweren Folgen auf die Entente sich nicht zurückgezogen. Ein Bruch mit Frankreich und eine endgültige Trennung von einem Kriegsverbündeten hätte Italien die Verantwortung für eine Annullierung des Versailler Vertrages auferlegt und eine furchtbare Isolierung Italiens herbeigeführt. Italien sei bereit, Opfer gegenüber Deutschland zu bringen, aber nur in gleichem Verhältnis wie die andern. Italien habe in jedem Fall, wo es möglich war, hinsichtlich Deutschlands interveniert.

In der Frage der Militärkontrolle und der Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen nach Deutschland

seien Italien und England einig. Man müsse offen aussprechen, daß die Forderung nach Auslieferung des Kronprinzen ein Irrtum sei und in eine Sackgasse führen würde, aus der man nur durch eine neue Verwicklung der Lage herauskommen könne.

Ueber Fiume äußerte sich Mussolini, die paritätische Kommission sei zu keinem Ergebnis gelangt. Er habe Jugoslawien eine billigere Lösung vorgeschlagen und hoffe, demnächst eine Lösung zu erreichen. Die Politik einer Großmacht müsse weite Horizonte haben. Eine auf Waffen gestützte auswärtige Politik, eine auswärtige Politik, die der Zukunft und den Nationen Verpflichtungen auferlege, könne nur von einer verantwortlichen Regierung die im Besitz der Kenntnis aller Faktoren der Lage sei, geführt werden. Mussolini fügte hinzu, man solle nicht von einer auswärtigen Politik unbedingter Unabhängigkeit träumen. Auch eine Politik des Friedens dürfe nicht blind und optimistisch sein; sie müsse weitblicken und vorbereitet sein. Der Ministerpräsident erwähnte in diesem Zusammenhang, daß der Oberbürgermeister von Wien dieser Tage eine Vereinigung Oesterreichs und Deutschlands begrüßt habe. Deutschland werde im gegebenen Augenblick ein Faktor im Spiele der europäischen Politik werden. Rußland werde seine Wunden heilen. Es werde aber künftig nicht sozialen Imperialismus treiben, sondern vielleicht in die Bahn des alten panslawistischen Imperialismus einschwenken. Angesichts der Unruhen, die das Leben Europas beherrschen und der Ungewißheit der Zukunft müsse man wach und vorbereitet sein. Dank dem Faszismus könnte das italienische Volk, das die Disziplin der Einigkeit wieder gewonnen habe, Heer und Flotte gegenwärtig jeder Probe unterwerfen, sofern es sich im Interesse der Würde und der Zukunft des Vaterlandes handle.

Zustimmung des Senates.

)(**Rom**, 17. Nov. Nach seiner Rede wurde Mussolini von sämtlichen Senatoren beglückwünscht. Der Senat hat darauf folgende Tagesordnung angenommen:

Der Senat billigt nach Anhörung der Erklärungen des Ministerpräsidenten vollkommen die von ihm vorgetragenen Richtlinien für die auswärtige Politik der Regierung.

Der Geschäftsverkehr auf Goldmarkbasis.

Ein ministerielles Rundschreiben.

Gegen Preisausschreitungen.

Ⓒ **Berlin**, 17. Nov. Der Reichswirtschaftsminister hat gemeinsam mit dem Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft in einem an die Regierungen der Länder gerichteten Rundschreiben auf die Tatsache hingewiesen, daß durch die binnen kurzem erfolgende ausreichende Versorgung des Verkehrs mit wertbeständigen Zahlungsmitteln für die Verkäufer der wichtigste Grund für die Einrechnung undurchsichtiger, die Warenpreise erheblich verteuernder Risikozuschläge entfällt. Das Schreiben schärft insbesondere die Erwartung aus, daß die mit der Durchführung der Preistreibereiverordnung vertrauten Behörden, vor allem die Preisprüfungsstellen und die Polizeibehörden, die durch die Goldmarkrechnung und die Verwendung wertbeständiger Zahlungsmittel erleichterte Nachprüfung zum Anlaß nahmen werden, jede Preisausschreitung beschleunigt und mit unnachsichtlicher Strenge zu verfolgen.

Den Staatsanwaltschaften und anderen Stellen soll durch die übergeordneten Landesbehörden nahe gelegt werden, gegen Schädigung des Allgemeinwohls die strengsten Strafmittel, wie die Untersagung des Handels, Schließung der Geschäftsräume und schwere Zuchthausstrafen anzuordnen. Gleichzeitig enthält das Schreiben die Mahnung an die Erwerbskreise, ihre Mitglieder zur gewissenhaftesten und sorgfältigsten Preisberechnung anzuhalten.

Rentenmark-Kredite für die Industrie.

* **Berlin**, 17. Nov. Laut „Vorwärts" haben gestern Verhandlungen zwischen Vertretern der Rentenbank und der Industrie stattgefunden, bei denen vor allem die Frage der Gewährung von Rentenmarkkrediten an die Industrie erörtert wurde. Zu einem Abschluß der Verhandlungen ist es noch nicht gekommen. Dem Blatt zufolge steht jedoch schon fest, daß Rentenmarkkredite an die Industrie nur auf wertbeständiger Grundlage gewährt werden sollen.

Wie dem Blatt weiter mitgeteilt wird, wird die Reichsbank die 50 Millionen Rentenmark, die ihr von der Reichsregierung zur Einlösung von Schatzanweisungen überwiesen wurden, sofort durch Umtausch gegen Papiernoten in den Verkehr bringen, und zwar soll vorläufig ausschließlich der Lebensmittelhandel berücksichtigt werden.

*

Wertbeständiges Geld der Reichsbahn.

♆ **Berlin**, 18. Nov. (Telegr.) Das von der deutschen Reichsbahn mit Zustimmung des Finanzministers des Reiches herausgegebene wertbeständige Geld ist durch Goldanleihe voll gedeckt. Es ist daher ein der Rentenmark vollkommen gleichwertiges Zahlungsmittel und wird an den Kassen angenommen. Die Geldscheine bestehen aus gelbem Papier und tragen den Aufdruck: „Wertbeständige Anteilscheine der Schatzanweisungen des Deutschen Reiches" mit der Unterschrift des Reichsverkehrsministers Oeser und sind in 0,42 Goldmark = ein Zehntel Dollar, 1,05 Goldmark = ¼ Dollar und 2,10 Goldmark = ½ Dollar gestückelt.

Deutsches Reich.

Erkrankung Dr. Wirths.

Ⓩ Der frühere Reichskanzler Dr. Wirth ist Freitag morgen an einem Herzleiden plötzlich schwer erkrankt. Auf seinen Wunsch wurde er mit den Sterbesakramenten versehen. Wie die „Germania" mitteilt, ist im Laufe des Tages eine leichte Besserung eingetreten, so daß zu hoffen sei, daß die starke Natur Dr. Wirths die Krankheit bald überwinden werde.

*

Der englische Kohlenkredit der Reichsbahn.

Ⓩ Der Abbruch der Verhandlungen mit den deutschen Kohlenzechen durch die Micum hat in weiten Kreisen lebhafte Enttäuschung und Besorgnis hervorgerufen. Dadurch wurden die Erwartungen nach einer stärkeren Belieferung des unbesetzten Deutschland mit Ruhrkohle für die nächste Zeit hinfällig. Besonders stark ist die Enttäuschung bei der Reichsbahn, die gehofft hatte, endlich eine Erleichterung in ihrem Bezuge an ausländischer Kohle zu erhalten und damit Devisen zu ersparen. Wenn die Reichsbahn nunmehr für die nächste Zeit mit dem weiteren Bezug englischer Kohle, soweit das ihre Betriebsführung erfordert, rechnen muß, so ist ihr dieses Vorgehen im Augenblick dadurch erleichert, daß es ihr nach schwierigen Verhandlungen in London in den letzten Tagen gelungen ist, zu den üblichen Bedingungen von führenden Bankfirmen der City einen Kredit von drei Millionen Pfund Sterling für Kohlenbeschaffung zu erhalten, den sie aber nur im Umfange ihres Bedarfes in Anspruch zu nehmen braucht. Daß für einen solchen Kredit unter den jetzigen politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des Deutschen Reiches von den ausländischen Geldgebern Garantien verlangt werden, wird jeder Kenner unseres Wirtschaftslebens wissen. Wenn es der Reichsbahn gelungen ist, diese Garantien beizubringen, dankt sie dies in erster Linie der verständnisvollen Unterstützung der deutschen Industrie und der Mitwirkung des Reichsverbandes der deutschen Industrie und der Bürowirtschaft führender deutscher Banken. Für die Finanzierung des Kredits kommen von dem eigenen Besitz der Reichsbahn nur ihre unaufgeschlossenen Braunkohlenfelder bei Bitterfeld und Lübbenau in Betracht. Wenn in einer Berliner Zeitung die Meinung ausgesprochen war, daß hierdurch die Elektrisierung der Berliner Stadt- und Vorortbahn, die aus dringenden finanzpolitischen Gründen vorübergehend zurückgestellt werden muß, beeinträchtigt würde, so zeigt dies wenig wirtschaftspolitisches Verständnis, da es doch wohl bekannt sein dürfte, daß durch die Erschließung der Felder das Pfandrecht des Gläubigers nur wertvoller werden könnte.

*

Eine Kundgebung des deutschen Beamtenbundes.

Der Verband der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens („Komba") schreibt uns:

„In einer Stunde, in der das deutsche Volk hungert und friert, in der weitesten Schichten des Volkes alle entsetzlichen Folgen einer Hungersnot nicht mehr Schreckgespenst, sondern furchtbare Wirklichkeit geworden sind, hält sich die Vertretung der deutschen Beamten, die nach der Weimarer Verfassung „Diener der Allgemeinheit, nicht einer Partei" sind, für berechtigt und verpflichtet, ihre Stimme zu einem lauten Mahnruf zu erheben. Deutschlands dunkelster Tag scheint anbrechen zu sollen. Zu dem Druck gesellt sich politische Verblendung im Inneren, die durch gewaltsame Umwälzung der Staatsform sich die politische Führung und Herrschaft anmaßt. Wir, die wir mitten in diesem Volke stehen, wissen, daß Ordnung und Brot der Inbegriff des Verlangens der Massen unserer Volksgenossen sind; wir sehen aber auch, daß der Egoismus und Mammonismus immer neue Methoden ersinnen, sich den Pflichten zu entziehen, die vaterländische Not der Volksgesamtheit auferlegt.

In dieser Schicksalsstunde drängt uns die beschworene Pflicht gegenüber Volk und Vaterland, zu fordern: von der verfassungsmäßigen Regierung, daß sie mit fester Hand und ohne Zögern und falsche Rücksicht, gestützt auf alle Volkskreise, die guten Willens sind, das Steuer führt und Maßnahmen trifft, das Volk aus Hungersnot und Chaos zu retten, die Einheit und Freiheit des Reiches und verfassungsmäßige Zustände wiederherzustellen und zu erhalten; von den Volksgenossen aller Schichten und Richtungen, daß sie ihr volles Maß an Pflichten übernehmen und erfüllen, daß sie sich ablehren von parteipolitischer Eigenbrödelei und kühlrechnendem Egoismus, daß sie dem Reich und den hungernden Brüdern geben, was sie zum Leben gebrauchen, und sich nicht dazu hergeben, die furchtbare Not des Volkes zur Erreichung politischer Ziele zu mißbrauchen; von den deutschen Berufsbeamten, daß sie getreu ihrem Eide die Verfassung vor jeder Gewalt schützen, der verfassungsmäßigen Regierung Gefolgschaft leisten und als Treuhänder der Volksgemeinschaft ihres Amtes walten mit der durch die Not der Zeit doppelt gebotenen Hingabe, die deutschem Berufsbeamtentum stets eigen war, ohne Ansehen von Stand und Partei.

Das deutsche Volk soll wissen, daß die Beamtenschaft in Reich, Land und Gemeinde in der Stunde höchster gemeinsamer Gefahr und Bedrängnis seine Pflicht kennt und tut. Wer nicht durch Tun oder Unterlassen zum Verbrecher am Volk und Vaterland werden will, sorge mit uns für Ordnung und sorge für Brot.

Neue Bedingungen für Ausgabe von Papiermark-Notgeld.

= Mit dem Erscheinen der Rentenmark am 15. November hat die Diskontierung von Reichsschatzwechseln bei der Reichsbank durch das Reich, die bisher die Quelle der Inflation bildete, ihr Ende erreicht. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, die Bedingungen für die zur Zeit noch laufenden Bewilligungen zur Ausgabe von Papiermark-Notgeld wie folgt zu ändern:

Eine Neuanlegung des Gegenwertes des ausgegebenen Notgeldes in dreimonatige Reichsschatzanweisungen kommt in Wegfall. Die Verzinsung des Guthabens durch die Reichskreditgesellschaft hört auf. Neubewilligungen zur Ausgabe von Papiermarknotgeld wird im allgemeinen nicht mehr erteilt.

Dr. Zeigner, der „Muster"-Minister.

Persönliche Verfehlungen Zeigners?

* **München**, 17. Nov. Die „München-Augsburger Abendzeitung" meldet, es habe eine vertrauliche Sitzung der sozialdemokratischen Parteiinstanzen in Dresden stattgefunden: Zeigner solle sich als Justizminister ungesetzliche Verfehlungen in solcher Schwere haben zuschulden kommen lassen, daß damit der Verlust des Landtagsmandats und seiner Stellung als Landgerichtsdirektor ohne weiteres verbunden sein dürfte.

Niederlegung des Parlamentsmandats.

)(**Dresden**, 17. Nov. **Der frühere Ministerpräsident Zeigner ist von einem längeren Urlaub wieder nach Dresden zurückgekehrt. Er hat sein Landtagsmandat niedergelegt.**

*

Bestechungsklage gegen Dr. Zeigner.

* **Leipzig**, 17. Nov. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten" schreiben, die Staatsanwaltschaft in Leipzig hätte wegen Bestechlichkeit im Sinne des § 323 des Strafgesetzbuches gegen Dr. Zeigner ein Verfahren eingeleitet. Diese Vorschrift bedroht den Angeklagten mit bis zu 5 Jahren Zuchthaus. Im einzelnen sei hierzu mitgeteilt:

Zeigner war, ehe er das Amt des sächsischen Ministerpräsidenten annahm, sächsischer Justizminister. Man wird sich entsinnen, daß er in dieser Stellung eine auffallende Fülle von Begnadigungen ergehen ließ, die schon seinerzeit in der gesamten deutschen Oeffentlichkeit bedenkliches Kopfschütteln erregten. Zeigner hatte seine Stelle als Vorstand des sächsischen Justizministeriums dazu mißbraucht, Leuten, die rechtskräftig zu Freiheitsstrafen verurteilt waren, unter dem Deckmantel der Begnadigung in Freiheit zu versetzen. Er hatte sich also bestechen lassen. Als Gegenleistung für diese Begnadigung hatte Zeigner Gegenstände des täglichen Bedarfs entgegengenommen, wie Eier, Butter, Geflügel usw. Die Art, wie Zeigner in dieser Art von Begnadigungen vorging, beweist die Tatsache, daß er in dringenden Strafsachen entsprechende telegraphische Anweisungen an die Staatsanwaltschaft zur Befreiung der Betreffenden sandte. Es ist weiter vorgekommen, daß bei bereits vorgeschrittenen Strafsachen Zeigner die Entlassung bewirkte. Das Honorar für diese justizministerliche Tätigkeit hat der sonderbare Justizminister in den verschiedensten Lebenslagen entgegengenommen. Teils in seiner Wohnung auf dem Weißen Hirsch, ja sogar auf der Straße in Leipzig. Fuhr er von Leipzig nach Dresden zurück, so wurde der „Abgabenpflichtige" zum Abgang seines Zuges auf den Bahnhof bestellt. In der „Goldenen Kugel" wartete der biedere Landmann, der wegen Getreidewuchers bestraft worden war, mit der Weihnachtsgans, bis er heraufgerufen wurde. Dort wartete der Herr Justizminister mit einem weiten Radmantel bekleidet erwartungsvoll, nahm dann schnell die Weihnachtsgans entgegen und ließ sie unter dem Radmantel verschwinden, um nach Erledigung dieses Geschäftes die Reise nach Dresden fortzusetzen. Zur Annahme der kleinen Haushaltungsgegenstände war die Frau dieses besonderen Justizministers beauftragt. Mehl wurde bei einer nahen Verwandten abgeladen. Noch heute schmückt die Gattin des Herrn Zeigner ein Brillantkollier, das dem Herrn Justizminister wegen seiner justizministerlichen Verdienste auf den Scheitelbeil niedergelegt wurde. Nicht nur mit den ihn angehenden Sachen befaßte sich Herr Zeigner, sondern er beauftragte auch seine Mittelsleute, an Leute heranzugehen, die zahlungsfähig waren, oder die Herr Zeigner für zahlungsfähig hielt, um sie in Sachen für „Begnadigung" zu bearbeiten.

Die Zeitung schreibt dann noch, daß sie, falls die Presse, die bis jetzt als Schildträger Herrn Zeigners gearbeitet hätte, von den Tatsachen keine Notiz nehmen würde, noch mit weiteren Einzelheiten aufwarten könne. Bei seiner Fraktion hat Zeigner sich noch nicht sehen lassen.

Von den Separatisten.

* **Köln**, 17. Nov. Die „Köln. Volksztg." meldet aus Neuwied: Auf Anordnung der Rheinlandkommission mußten die Sonderbündler aus Linz und Unkel abziehen. Die grün-weiß-rote Flagge wurde vom Rathaus heruntergeholt. — In Rheinbreitbach und Linz kam es zu blutigen Zusammenstößen, in deren Verlauf die Eindringlinge das Feld räumen mußten. Die Separatisten zogen sich darauf nach Hommer zurück.

= **Oberpleis**, 17. Nov. In unserer Gegend ist es gestern zu einer förmlichen Schlacht gekommen. Vierzehn Sonderbündler wurden dabei getötet. Die Bevölkerung hatte zwei Schwerverletzte, von denen inzwischen einer verstorben ist. Die Sonderbündler haben sich in die Nähe des Oelberges zurückgezogen. Sie begannen bei ihrem Eintreffen in den Ortschaften des Siebengebirges sofort mit Requisitionen, wodurch die Bevölkerung sehr erregt wurde und sich zur Wehr setzte.

)(**Speyer**, 17. Nov. Wie von zuverlässiger privater Seite mitgeteilt wird, hat die separatistische Regierung der Pfalz an eine Reihe von Gewerkschaftsführern das Ersuchen gerichtet, sich für die separatistische Regierung zu erklären. Wenn nicht in kürzester Zeit eine zustimmende Antwort erfolge, so werden die Betreffenden ausgewiesen.

Die Lage in Ludwigshafen, Frankenthal, Pirmasens und Zweibrücken ist unverändert. Eingriffe der Separatisten sind hier nicht erfolgt. Nach Auskunft des Bürgermeisters von Kaiserslautern ist die Lage auch dort unverändert. Heute wurden von den Separatisten wieder vier Beamten aus Speyer ausgewiesen, die Familien müssen in sechs Tagen folgen.

= **Grobaeran**, 17. Nov. Wie von gut unterrichteter Seite bekannt wird, wurde am Freitag vormittag das Kreisamt von den Separatisten besetzt und die grün-weiß-rote Flagge gehißt.

Provinzielles.

)(**Düsseldorf**, 17. Nov. Die Plünderungen, die im Laufe der letzten Nacht trotz der Verkehrssperre stattfanden, sind außerordentlich zahlreich. In vielen Fällen werden auch sinnlose Zerstörungen begangen. In den Morgenstunden wurden alle Fuhrwerke, die nach Düsseldorf über die Kölner Landstraße hin wollten, in Werften angehalten und ausgeraubt. Nach Angaben der Fuhrleute hatten die Plünderer zu beiden Seiten der Straße eine Feldstellung ausgehoben, um die Polizei bei ihrem Eintreffen unter Feuer nehmen zu können. Gegen zwei Uhr nachts versuchte eine große Menschenmenge, das Straßenbahndepot in Werften zu stürmen, um dort die Einnahmen des letzten Tages zu rauben. Die Versuche mißlangen. Die Menge drohte, sie werde in den nächsten Tagen wiederkommen. In zahlreichen Fällen erhielt die Polizei Gewehrfeuer.

* **Holzheim**, 19. Nov. Eine Schafherde von etwa 300 Stück, die in der Nähe des Buscher Hofes untergebracht war, wurde gestohlen.

Das Nachbarhaus.

(44

Roman von A. K. Green.

Nachdruck verboten.

Die Schande aber, daß sein Weiß ihn verraten hatte, wollte er nicht auf sich nehmen. Als er zum zweitenmal verhört wurde, erklärte er, ohne weiter über die Folgen, die seine Aussagen haben konnten, nachzudenken, er wäre der Mann, der seine Frau um Mitternacht in das Haus begleitet hätte. Aber wenn es ihm auch gelang, den Coroner und die Geschworenen zu täuschen, mir konnte er nichts vormachen, und Ihnen auch nicht, Miß Butterworth. — Und nun erlauben Sie mir die Frage, ob es Ihnen jetzt an der Zeit scheint, unsern Beweisen von Franklins Schuld die Beweise hinzuzufügen, die Sie gefunden haben?"

Trotz dieser Augenscheinlichkeit versteifte ich mich darauf, zu wiederholen: „Ich verstehe es nicht!"

Ja, jetzt war es an der Zeit, zu sprechen. Ich neigte zustimmend den Kopf, und nach einer kleinen Pause, die die Wichtigkeit der folgenden Worte unterstreichen sollte, sagte ich:

„Was konnte Ihnen nur Ihre Vermutung bestätigen, daß ich von Franklin Van Burnams Schuld überzeugt war und Beweise dafür suchte?"

Einunddreißigstes Kapitel.

Die Ueberraschung über diese einfache Frage drückte sich bei den beiden Männern in verschiedener Weise aus. Der Inspektor, der mich heute zum erstenmale sah, starrte mich bloß an, während Herr Gryce mit seiner wunderbaren Selbstbeherrschung unbeweglich blieb; nur sah ich, wie ein kleines Eckchen meines Filigrankörbchens zu Boden fiel, so arimmig hatte Herr Gryce das Körbchen angefaßt.

„Ich nahm an," antwortete er völlig ruhig, nachdem er das beschädigte Körbchen hingestellt hatte und sich brummend entschuldigte, — „ich nahm an, daß, wenn Sie Howard nicht verdächtigten, Sie den wirklich Schuldigen gefunden haben mußten. Und soweit ich es beurteilen kann, hat bei diesem Mord außer den beiden Brüdern niemand die Hand im Spiel."

„Nicht? Ja, da erwartet Sie noch eine große Ueberraschung, Herr Gryce! Das Verbrechen, das Sie mit solcher Gewandtheit und, wie ich zugeben muß, mit einem großen Anschein von Wahrscheinlichkeit Franklin zuschreiben wollen, wurde weder von ihm, noch von irgend einem andern Mann begangen. Eine Frau hat den Mord verübt!"

„Eine Frau?"

Beide Herren hatten das einstimmig ausgerufen: der Inspektor, als ob er mich für wahnsinnig hielt, und Herr Gryce, als ob auch er das gern angenommen hätte.

„Jawohl, eine Frau!" wiederholte ich und machte ihnen gleichzeitig eine kleine Verbeugung. „Und ich kenne die Frau, in einer halben Stunde kann ich, wenn ich will, die Hand auf sie legen lassen. Es ist ein junges Mädchen, meine Herren, ein schönes, junges Mädchen, die Besitzerin eines der beiden Hüte, die am Tatort gefunden wurden."

Wäre eine Bombe vor ihm geplatzt, der Inspektor hätte nicht entsetzter dreinschauen können. Der Detektiv beherrschte sich besser, aber auch er war verblüfft, denn er warf mir ganz gegen seine Gewohnheit einen langen Blick zu.

„Die Hüte gehören beide der Frau van Burnam," protestierte er. „Den einen hatte sie aufgehabt, als sie Haddam verließ; den zweiten hatte sie bei Altman bestellt."

„Frau van Burnam hat nie etwas bei Altman bestellt," erklärte ich kategorisch. „Die Frau, die ich in das van Burnamsche Haus eintreten sah, dieselbe Frau, die im Hotel D. gewesen war, ist nicht Frau van Burnam. Sie ist aber die Rivalin dieser Dame gewesen und, soweit ich vermute, auch ihre Mörderin. O, Sie brauchen nicht so bedeutungsvoll den Kopf zu schütteln, meine Herren. Ich habe Beweise, und bessere als Sie. Ich werde es Ihnen schon zeigen!"

Herr Gryce sah mich noch immer an, als ob ich ihn fasziniert hätte.

„Worauf gründen Sie diese ganz ungeheuerliche Behauptung? Lassen Sie hören, welche Beweise Sie haben."

„Ich werde Ihnen alles sagen. Aber zuerst muß ich die falschen Behauptungen, die Sie für Franklins Schuld angeführt haben, widerlegen. Sie nehmen an, er habe das Verbrechen begangen, weil Sie in einem Geheimfach seines Schreibtisches einen Brief fanden, der am Tage vor dem Morde in Frau van Burnams Hand geschrieben worden war. Es ist ganz natürlich, daß Sie bei Ihrer Voreingenommenheit glaubten, Franklin könnte nur durch ihre Ermordung in den Besitz des Briefes gelangt sein. Sie haben an eine andere Möglichkeit gar nicht gedacht. Aber konnte der Brief nicht sich vielleicht in der Handtasche befinden, die Frau van Burnam bei Frau Parker gelassen hatte? Sobald Frau Parker die Tasche Howard übergeben hatte, versuchte Franklin, in den Besitz des Briefes zu gelangen. In größter Hast durchwühlte er die Tasche und zerknitterte dabei den Brief. Er hat ihn nicht Frau van Burnam selbst entrissen."

„An ein solche Möglichkeit habe ich wirklich nicht gedacht," gab der Detektiv zu.

„Und was den Schuldbeweis betrifft, den Sie darin sehen, daß die Ringe über seinem Schreibtisch hängend gefunden wurden, so muß ich Ihnen leider auch diese Illusion rauben. Die Ringe waren von dem Mädchen im grauen Kleid nicht unter den Briefen entdeckt, sondern erst dorthin gehängt worden!"

„Was sagen Sie? Die Ringe wurden von Ihrem Dienstmädchen hingebracht und aufgehängt? Von Ihrer Lena, die doch so augenscheinlich in Ihrem Interesse gehandelt hat? Was sollen diese Bekenntnisse heißen, Miß Butterworth?"

„Oh, Herr Gryce!" sagte ich in leise tadelndem Tone, „nicht nur Lena trägt graue Kleider. Die Frau, die im Hotel D. gewesen war, hat Ihnen diesen Streich gespielt. Lena ist an jenem Tage gar nicht ausgegangen."

Herr Gryce ließ sich in einen Stuhl fallen. „Sprechen Sie, was wissen Sie von dieser Frau?" sagte er.

Ich antwortete nicht gleich. Ich besann mich noch einmal auf die Gründe, die es mir ermöglichten, in der graugekleideten Frau Ruth Oliver wiederzuerkennen und die Motive klarzulegen, die sie zu diesem gewiß ungewöhnlichen Schritt getrieben hatten. Sie mußte die Ringe doch bei sich getragen und gefürchtet haben, man könnte sie bei ihr entdecken. Anderseits war ihr daran gelegen, den Verdacht, der auf Howard gefallen war, noch zu verstärken. Sie hatte wahrscheinlich geglaubt, an Howards Schreibtisch zu stehen, während es der Schreibtisch Franklins war. Sie hatte die Schuld auf Howard schieben wollen, indem sie die Ringe an seinem Schreibtisch zurückließ, aber das war ihr nicht gelungen. Mir fiel jetzt noch ein, wo Ruth Oliver die Ringe wahrscheinlich zuerst versteckt hatte. Ich erinnerte mich ihres Entsetzens, als sie mich das Strickzeug in die Hand nehmen sah, und ich erinnerte mich auch, nach ihrer Flucht aus dem Hause des Fräulein Spicer das Strickzeug ganz verwirrt und zerrissen gefunden zu haben. Ich war überzeugt, daß die Ringe in dem Knäuel verborgen gewesen waren, das ich natürlich gar nicht näher untersucht hatte.

Das alles überdachte ich noch einmal, ehe ich zu erzählen begann, wie verdächtig mir von allem Anfang an Frau Boppert erschienen war, wie ich sie aufsuchte und erfuhr, daß sie bereits am Nachmittag die junge Frau van Burnam in das Haus hereingelassen hatte. Dabei schielte ich nach Herrn Gryce hin und wartete, daß er seinem Aerger in irgendeiner besonderen Weise Luft machte. Und so sah ich, wie er meinem schönen Filigrankorb noch ein Eckchen abbrach, diesmal ohne zu bemerken, welche Zerstörung er anrichtete.

„So, so! Nun ja, ich habe immer gesagt, daß das ein ganz merkwürdiger Fall ist," brummte er. „Zwei Frauen sind im Spiel, und die eine war schon im Hause, als das Paar hinkam. Was sagen Sie dazu, Herr Inspektor? Zeit genug haben wir gebraucht, um das herauszufinden."

„Ja, das scheint mir auch etwas lange gedauert zu haben," antwortete der Inspektor kurz. Das Gesicht des Detektivs wurde bei diesen Worten immer länger. Halb beschämt, halb spöttisch sagte er:

„Eine Frau hat mich überlistet. Es ist ein ganz sonderbares Gefühl, von einer Frau, noch dazu einer Aufwartefrau, überlistet worden zu sein! Sie müssen schon entschuldigen, Herr Inspektor, wenn es einige Minuten währt, bis ich mich gefaßt habe. Das ist hart. Das ist wirklich hart!"

So sehr ich Herrn Gryce bewunderte und achtete, so leid er mir jetzt tat, weil er über seine Niederlage ganz niedergedrückt war, ich konnte doch nicht anders als mit immer triumphierenderen Blicken und siegesfroher Stimme meinen Bericht weiterzuführen. Hin und wieder unterbrach mich Herr Gryce mit bewundernden Ausrufen über meine Findigkeit.

Ich schloß meinen Bericht mit der Erklärung, daß die Unbekannte, die Frau van Burnams Kleider trug, Ruth Oliver hieß und jetzt bei Fräulein Spicer wohnte.

Durch diese Erklärung lieferte ich mein Geheimnis ganz in die Hände der beiden Herren. Ich merkte ihnen auch an, wie ungeduldig sie jetzt waren, von mir loszukommen und Ruth Oliver aufzusuchen. Noch einige Minuten hielt ich sie zurück, indem ich ihnen erzählte, wie ich die Banknoten in Ruth Olivers Schuhen eingenäht gefunden hatte, und wie mir diese Tatsache hinreichend schien, um zu erklären, daß sie im Hotel D. nicht auch die Schuhe gewechselt hatte.

Das war der letzte Schlag, den ich gegen des Detektivs Eigenliebe führte. Er zitterte vor Aerger, hatte sich aber bald wieder soweit in der Gewalt, daß er erklären konnte, ihn freue diese erneute Bestätigung seiner Ansicht, es handle sich hier um einen ganz merkwürdigen Fall.

Ich bat jetzt die Herren noch, sich von dem Chinesen, Frau Desberger und Frau Boppert die Richtigkeit meiner Aussagen bestätigen zu lassen. Denn ich wollte gar nicht, daß Herr Gryce mir auf mein bloßes Wort glaubte; ich konnte alles beweisen, wenn das auch gar nicht mehr nötig war, da er wirklich das größte Vertrauen zu mir zu haben schien.

(Fortsetzung folgt.)

An unsere Bezieher!

Alles steigt im Preise. Auch im Zeitungsgewerbe erfolgt eine fortdauernde Steigerung aller Herstellungskosten, so daß wir gezwungen sind, für die Woche vom 19. bis 25. November einen Bezugspreis von

350 Milliarden Mark

zu erheben.

Wir bitten unsere Bezieher, diesen Betrag unseren Boten bis Donnerstag zu behändigen und ihnen das Inkassogeschäft möglichst zu erleichtern.

Verlag der „Gelsenkirchener Zeitung"
Chr. Münstermann.

Auslands.

Am Vorabend der englischen Wahlen.

Curzon über die Arbeitslosigkeit.

X **London**, 17. Nov. Curzon erklärte in seiner gestrigen Rede in Manchester, in der er nachdrücklich für den Freihandel eintrat und die Regierung heftig angriff, die Arbeitslosigkeit könne nicht verhindert werden durch die Verminderung der Einfuhr. Er habe niemals von seiten einer hohen und unverantwortlichen Autorität ernstlich die Doktrin äußern hören, daß auswärtige Einfuhr die Arbeitslosigkeit erhöhte. Es sei klar, daß der Niedergang des englischen Ausfuhrhandels auf die Verarmung der Kunden Englands im Auslande und auf die Anarchie im Wirtschaftsleben zurückzuführen sei, von denen große Länder betroffen wurden, insbesondere in Mitteleuropa und des nahen Ostens. Die Ursache seien nicht die auswärtigen Wettbewerbe, sondern der Mangel an auswärtigen Kunden.

Lord Cecil zum Pair ernannt.

London, 17. Nov. Der König hat Lord Robert Cecil die Würde eines Pairs verliehen. Infolgedessen kann er nicht als Kandidat bei den Neuwahlen zum Unterhaus aufgestellt werden.

Das neue englische Parlament ist zum 8. Januar 1924 einberufen.

)(**London**, 17. Nov. Eine gestern abend veröffentlichte Proklamation des Königs beruft das neue, noch zu wählende Parlament zum 8. Januar ein.

Vor einem neuen Kabinett Lloyd George?

ss. **Paris**, 18. Nov. **(Telegr.)** Aus London meldet der Berichterstatter des „Temps" eine Formel, die darauf hinausgeht, ein Kompromiß zwischen dem englischen und französischen Standpunkt zu verwirklichen, sei seit Samstag in Ausarbeitung und man hoffe, daß sie es gestatten werde, die Einheit der interalliierten Aktion wiederherzustellen. Im Falle, daß die Botschafterkonferenz nicht dazu kommen werde, sich morgen auf die Formel zu einigen, würde sich England weigern, sich neuen Sanktionen, sei es am Rhein, sei es anderswo, anzuschließen.

Die Aeußerung Mussolinis, die ebenfalls den Sanktionen abgeneigt sei, habe in London lebhafte Befriedigung ausgelöst. Die englischen Blätter veröffentlichten über die Entente Artikel, die fast den Ton von Leichenreden haben. Eine sonderbare Auffassung, fährt der Korrespondent fort, beginnt in gewissen Kreisen zutage zu treten, nämlich die, daß der einzige Mann, der in der Lage wäre, die Entente zu retten und den Versailler Vertrag aufrecht zu erhalten, Herr Lloyd George wäre unter dem Bestand Lord Greys in einem neuen liberalen Ministerium, dessen Zusammensetzung Herr Winston Churchill in seiner Rede am Samstag in Manchester klar angegeben hat. Asquith würde dem Namen nach Führer dieses Unternehmens sein.

Freispruch im Worowski-Prozeß.

* **Lausanne**, 17. Nov. Die Mörder Worowskis, Conradi und Polinin wurden von den Geschworenen freigesprochen. Die Geschworenen hatten einstimmig die Frage, ob Conradi Worowski ermordet und Polinin ihm dabei geholfen habe, bejaht. Sie bejahten ebenfalls mit fünf gegen vier Stimmen die Frage, ob Conradi und Polinin schuldig seien. Da aber nach der Prozeßordnung des Kantons Waadt sechs Stimmen von neun zur Verurteilung nötig sind, mußte der Gerichtshof den Freispruch verkünden. Beide Angeklagte wurden zur Tragung der Prozeßkosten verurteilt.

Arbeiter- und Gewerkschaftsfragen.

Goldlöhne im Bergbau.

)(**Berlin**, 17. Nov. **Im Bergbau wurden für die Lohnwoche vom 12. bis 19. November 1923 die Durchschnitts-Tariflöhne durch ein im Reichsarbeitsministerium zusammengetretenes Schiedsgericht festgesetzt. Sie betragen in Goldmark für den Ruhrbergbau 4,20 Mk. je Schicht, für den oberschlesischen Steinkohlenbergbau 3,00 Mk. je Schicht, für den niederschlesischen Steinkohlenbergbau 2,50 Mk. je Schicht, für den sächsischen Steinkohlenbergbau 2,70 Mk. je Schicht und für den mitteldeutschen Braunkohlenbergbau 2,50 Mk. je Schicht.**

Schiedsspruch auf Gold-Bankgehälter.

= **Berlin**, 17. Nov. Ein vom Reichsarbeitministerium eingesetzter Schlichtungsausschuß hat gestern einen Schiedsspruch für das Bankgewerbe gefällt, der Goldmarkgehälter von 72 bis 225 Goldmark monatlich vorsieht. Dem „Lokalanzeiger" zufolge dürfte der Reichsverband der Bankleitungen dem Schiedsspruch voraussichtlich die Zustimmung versagen. Die Organisationen der Bankangestellten haben sich die Stellungnahme vorbehalten.

Grubenarbeiterstreik.

)(**Berlin**, 17. Nov. Nachdem bereits in den letzten Tagen im Waldenburger Grubenrevier auf einzelnen Gruben wilde Teilstreiks ausgebrochen waren, sind jetzt dem „Tageblatt" zufolge die Belegschaften sämtlicher Gruben in den Ausstand getreten.

Soziales.

Aenderung in der Angestellten- und Invalidenversicherung.

Auf Grund der neunten Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 9. November treten mit Wirkung vom 12. November d. Js. ab in den Gehaltsklassen der Angestelltenversicherung und den Lohnklassen der Invalidenversicherung, sowie hinsichtlich der Beiträge usw. folgende Aenderungen ein

Klasse	für Jahresarbeitsverdienste von mehr als	in Milliarden ℳ bis
44		60 000
45	60 000	84 000
46	84 000	120 000
47	120 000	180 000
48	180 000	240 000
49	240 000	300 000
50	300 000	

Klasse	Beiträge in Milliarden ℳ in der Angestellten- monatlich	Invalidenversicherung wöchentlich
44	168	19
45	224	25
46	316	36
47	466	52
48	652	74
49	838	94
50	1024	116

Zur Entrichtung der Beiträge werden die bisherigen Marken der Klassen 44 bis 50 verwendet; der aufgedruckte

Die Postgebühren auf wertbeständiger Grundlage.

ss. **Berlin**, 18. Nov. 1923. **(Telegr.)**

Der Reichspostminister Dr. Höfle hat, nachdem im Fernsprech- und Telegraphenverkehr das Wertbeständigkeitssystem eingeführt werden soll, nunmehr, wie unser Korrespondent erfährt, dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung zugehen lassen, nach dem auch die übrigen Gebühren im Post- und Postscheckverkehr auf wertbeständige Grundlage gestellt werden sollen. Es ist dies eine der ersten Maßnahmen, die die Reichspostverwaltung infolge der veränderten Geld- und Währungsverhältnisse ergriffen hat, um jetzt in ihrem Haushalt, der auf Goldmark eingestellt wird, das Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben baldigst herzustellen und dauernd aufrecht zu erhalten.

Hand in Hand mit der Einführung wertbeständiger Gebühren geht die Ausgabe von

Wertzeichen auf wertbeständiger Grundlage.

Die technischen Schwierigkeiten, die bisher der Verwirklichung des Planes entgegenstanden, können als überwunden angesehen werden. Die Gebühren werden auf Grundbeträge gestellt, und die Freimarken erhalten ihre auf Grundbeträge lautenden Wertzahlen aufgedruckt. In möglichst kurz bemessener Zeit, unter Umständen nach Bedarf täglich, wird bis zur Einführung der Rentenmark auf Grund des den Dienststellen telegraphisch mitgeteilten amtlichen Steuerkurses der Umrechnungskurs der Goldrechnungsmark in die Papiermark festgesetzt. Dieser Umrechnungskurs gelangt am nächsten Tage für die Umrechnung der Gebührengrundbeträge und der Markenverkaufspreise in die Papiermarksätze zur Anwendung.

Um eine Belastung der Dienststellen durch die Neuregelung möglichst zu vermeiden oder zu verringern, ist der Aufbau des Tarifs möglichst einfach gestaltet. Die Grundbeträge werden auf runde, leicht zu vervielfältigende Zahlen gebracht. In der neuen Zusammenstellung, die dem Reichsrat vorliegt, sind die durch die Postgebührensätze festgelegten Grundbeträge durchweg auf fünf oder zehn auslaufende Zahlen gebracht, und bei den Briefen, Drucksachen und Warenproben sind einige Vor- und Zwischengewichtsstufen zusammengefaßt worden. Im allgemeinen sind die neuen Grundbeträge den Gebührensätzen vor dem Kriege gleichgestellt oder angenähert worden. Dies ist auch für die Zeitungsgebühren der Fall, die bisher hinter den Friedenssätzen weit zurückgeblieben waren. Dem Reichspostminister soll die Bestimmung des Tages, an dem die Neuregelung in Kraft treten soll, überlassen bleiben.

Die Zusammenstellung enthält u. a. folgende

Grundbeträge:

Postkarten im Ortsverkehr 3 Pfg., im Fernverkehr 5 Pfg., Briefe im Ortsverkehr 5 Pfg., im Fernverkehr 10 Pfg., Drucksachen bis 25 Gramm 3 Pfg., Geschäftspapiere bis 250 Gramm 10 Pfg., Warenproben bis 100 Gramm 10 Pfg., Postscheckgebühren und Bareinzahlungen mit Zahlkarten bis 1 Million Mark 10 Pfg., bargeldlos bezahlte Zahlkarten dieselbe Gebühr, höchstens 1 Mark, Pakete 1. Zone bis 3 Kilo 30 Pfg., 2. Zone 60 Pfg., 3. Zone 60 Pfg., Zeitungspakete bis 5 Kilo 1. Zone 20 Pfg., 2. Zone 40 Pfg., 3. Zone 40 Pfg., Postanweisungen bis 1 Billion Mark 20 Pfg. Bei den Postscheckgebühren und den Postanweisungen wird in dem Tarif zwischen Papiermark und Rentenmark unterschieden. Die im Fernsprech- und Telegraphenverkehr vorgesehenen Grundbeträge sind bereits vor einigen Tagen mitgeteilt worden.

Geldwert wird aber mit Wirkung vom 12. November verzehntausendfacht. Dies bedeutet gegenüber den bisherigen Sätzen eine fünffache Erhöhung.

Am 12. d. Mts. dürfen die Verkaufsanstalten Beitragsmarken zu den bisherigen Werten nicht mehr abgeben. Um unnützen Beschwerden vorzubeugen, wird darauf hingewiesen, daß die Erhöhung der Markenwerte lediglich eine Folge der Geldentwertung ist. Es tritt daher selbst in den Fällen, in denen Marken zeitweise bei der Post nicht zu haben sind, eine Schädigung der Verpflichteten nicht ein, weil sie die Marken später nur mit entsprechend entwertetem Gelde bezahlen.

Für Beiträge der Gehalts- bzw. Lohnklassen 44 bis 50 werden beim Rufgeld und bei der Invalidenrente Steigerungssätze im hundertfachen Betrage des in den Verordnungen vom 31. August und 17. September d. Js. (Reichsgesetzblatt 1 Seite 847 und 894) bestimmten Satzes angerechnet.

Bei dieser Gelegenheit wird den Arbeitgebern geraten, die Beitragsleistung in den Versicherungskarten laufend in Ordnung zu halten, da sie sich sonst, abgesehen von Schadenersatzansprüchen und hohen Strafen, der Gefahr aussetzen, daß bei weiterer Erhöhung der Beitragsmarken auch die jetzt noch gültigen gesperrt werden.

Zur Fleischversorgung.

Von Geheimrat Dr. Foth-Münster i. W.

Mehrere Landtagsabgeordnete von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratischen Partei haben folgenden Antrag dem Preußischen Landtage vorgelegt:

„Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, dahin zu wirken, daß durch umfangreiche freiwillige Schlachtungen des Weidefettviehs in der Zeit des Spätherbstes und sachgemäße Aufbewahrung dieser Fleisch- und Fettmengen in geeigneten Kühlräumen die Fleisch- und Fettversorgung der Großstädte während der Monate März, April und Mai nach Möglichkeit sichergestellt wird."

Der gutgemeinte Antrag wird nicht erfüllen, was er verspricht. Er erweckt trügerische Hoffnungen und verschärft die gegenwärtige Lage. Bei der Dringlichkeit des Weideabtriebs muß über den Antrag demnächst nach dem Wiederzusammentritt des Landtages entschieden werden. Deshalb muß die Oeffentlichkeit sich mit ihm befassen.

Richtig ist, daß in der im Antrage genannten Jahreszeit erfahrungsgemäß wenig Schlachtvieh aufgetrieben wird und auch im kommenden Frühjahr wird voraussichtlich mit einer gewissen Knappheit an Schlachtvieh und damit mit einer Verschärfung der Lage auf dem Fleischmarkte zu rechnen sein. Nicht richtig aber ist, daß die beantragte Maßnahme geeignet sein soll, dann die Lage zu bessern. Fleisch, das monatelang gelagert werden soll, muß dauernd bei einer gleichmäßigen Gefriertemperatur von 10 Grad Kälte gehalten werden. Sonst verdirbt es. Das ist aber sehr teuer. Der gewöhnliche Kühlhausbetrieb der Schlachthäuser, der für diesen Zweck natürlich nicht ausreicht, ist bei den bereits über Weltmarktparität stehenden hohen Kohlenpreisen schon außerordentlich kostspielig. Der Betrieb der Gefrierräume aber, der die genannten tiefen Temperaturen unbedingt erfordert, stellt an die Kühlmaschinen ganz andere Anforderungen, so daß der ungeheure Kohlenverbrauch uns im Frühjahr ein sehr teures Fleisch bescheren wird, das nur die wohlhabenden Kreise bezahlen können, es aber nicht kaufen werden, weil sie lieber Frischfleisch haben wollen. Für die breite Masse der Bevölkerung aber ist die ganze Aktion erst recht überflüssig, weil Gefrierfleisch vom Schlachtvieh allerbester Qualität, wie wir es in Deutschland nur auf den besten Fettweiden erzeugen, jederzeit frischer und billiger aus Argentinien eingeführt werden kann, wie es seit langem mit bestem Erfolge geschieht. Schließlich wird's im Frühjahr wieder auf eine Verbilligungsaktion herauskommen, um das altgelagerte Fleisch überhaupt los zu werden.

Zur Zeit haben die Viehpreise bei uns eine Entwicklung genommen, daß längst alle Welt sehnsüchtig auf das Weidevieh wartet, damit endlich die Steigerung der Fleischpreise auf Ueberweltmarktshöhe gehemmt wird. Gegenwärtig besteht die einzige Hemmung in der Gefrierfleischeinfuhr. Unsere ganze gegenwärtige wirtschaftliche und politische Lage läßt aber einen weiteren Preisdruck durch vermehrtes Schlachtviehangebot dringend notwendig erscheinen. Was soll also überhaupt mit dem Plan erreicht werden? Anscheinend geht er von denjenigen Kreisen aus, die nun vor die Frage gestellt werden, wohin das auf der Weide fettgewordene Vieh mit Eintritt der rauhen Jahreszeit gebracht werden soll. Scheinbar wollen die Viehhalter auch weiterhin über das Vieh — wenn auch in geschlachtetem Zustande — verfügen, um ihre „Substanz" zu erhalten. Sie haben keine Lust, es jetzt gegen Papiermark abzugeben; der neuen Währung trauen sie auch noch nicht, also soll ihr Besitz in Form von Gefrierfleisch zurückbehalten werden.

Das liegt aber keineswegs im öffentlichen Interesse. Die Lage ist heute viel zu ernst, als daß solche nach den Erfahrungen in der Zwangswirtschaft überdies in mehrfacher Hinsicht gewagten Experimente gemacht werden. Es ist durchaus verständlich, daß die Landwirte ihren Viehbestand zu erhalten und zu vermehren suchen, nicht nur um ihre Substanz zu erhalten, sondern auch, um sich bei der Knappheit und den unerschwinglichen Preisen der künstlichen Düngemittel nicht mehr als unbedingt nötig der wertvollen Düngerproduzenten zu entäußern und ihre verarmten Aecker allmählich wieder zu verbessern. Das alles liegt auch im wohlverstandenen öffentlichen Interesse und die damit verbundene Preissteigerung für Vieh und Fleisch muß hingenommen werden als Wechsel auf eine bessere Zukunft. Die Zurückhaltung der großen Menge schlachtreifen Viehs von den Fettweiden aber ist volkswirtschaftlich falsch und verdient keine Förderung. Dieses Vieh muß gerade jetzt in der Periode größter wirtschaftlicher Unsicherheit und Unklarheit auf den Markt gebracht werden, um einer kräftigen Preisdruck auszuüben, anstatt damit eine den Interessen der Gesamtheit der Bevölkerung abträgliche kostspielige und riskante Vorratswirtschaft zu betreiben. Unsere Fleischversorgung kann, wie die Verhältnisse liegen, nur durch reichliche Einfuhr von Gefrierfleisch gebessert werden, das wir bei den Ueberweltmarktspreisen unserer gesamten Produktion wahrhaftig nicht noch aus unseren eigenen Viehbeständen herzustellen brauchen, sondern billiger und zudem viel besser aus Argentinien beziehen können. Hier, an der meitgebendsten Förderung dieser Einfuhr, sollten alle Hebel angesetzt werden. Das ist eine Forderung des Gemeinwohls.

Lokales.

Gelsenkirchen, den 19. November 1923.

Die Brotversorgung.

)(Die öffentliche Brotversorgung mit Zuschüssen des Reiches fällt nach Entscheidung der Reichsregierung nun auch hier im besetzten Gebiete fort. Die Reichsregierung hat als Endtermin der bisherigen Versorgung bereits den 18. November angenommen. Von da ab können die Mühlen zum Tagespreise Getreide von der Reichsgetreidestelle beziehen und es auf dem Wege über die Bäckergenossenschaften, Konsumvereine und dergl. dem Verbrauche zuführen. Die unmittelbare Betätigung der Kommunalverbände auf dem Gebiete der Brotversorgung hört auf; sie sollen nur noch gewisse Aufsichtsbefugnisse ausüben. Für eine kurze Uebergangszeit werden die Städte und Kreise aus den von der Reichsgetreidestelle vorschußweise gelieferten Beständen noch Mehl zum Tagespreise an die Brotbezirke abgeben, damit Stockungen in der Erbackung des Brotes vermieden werden. Die Zusammensetzung des Brotes bleibt vor der Hand unverändert.

Die Verbraucherbevölkerung auch hier im besetzten Gebiet geht nun der schon in letzter Zeit stark abgebauten Reichszuschüsse zur Brotversorgung völlig verlustig, so daß möglicherweise zwischen Brot, das aus frei angekauftem Mehl hergestellt ist, und solchem Brote, das aus der Reichsgetreidestelle stammt, kein grober Preisunterschied verbleibt. An die Stelle der Preisfestsetzung der Kommunalverbände wird demnächst auch für dieses Brot die Verkündigung durch die Brotbezirke treten, doch sind den Behörden Handhaben geboten, um die Preise nachzuprüfen. An der Brotmarke wird hier zurzeit noch nichts geändert; diese ist also auch weiterhin an die Bäcker und Brothändler abzuliefern. Es muß sogar ausdrücklich davon gewarnt werden, die Brotmarke nun schon als überflüssig anzusehen, weil sie ein wertvolles Hilfsmittel bilden, die Brotmenge gleichmäßig zu verteilen. Jedem Inhaber einer Brotmarke sind auch weiterhin wöchentlich 3½ Pfund Brot wie bisher gesichert.

Auf die Bekanntmachung betreffend neue Brotpreise im Anzeigenteil wird hingewiesen.

Notgeldannahme bei der Post.

Das Postamt sieht sich genötigt, zur Fernhaltung einer weiteren erheblichen Verzögerung in der Abfertigung des Publikums und in Befolgung höheren Orts erlassener Vorschriften, fortan nur noch das vom Finanzminister genehmigte Notgeld von Behörden (Städten, Kreisen, Sparkassen usw.) innerhalb des Einmarschgebietes anzunehmen. Das Privatnotgeld (Industriegeld) wird daher zukünftig von der Annahme ausgeschlossen. Außerdem wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach der Erhöhung der Postgebühren die Schalterstellen keine Geldscheine in Zahlung nehmen, die geringer sind als 4 Milliarden Mark. Nur die Schalter 9 und 10 nehmen von 8 bis 10 Uhr wochentags bei dem Verkauf von Wertzeichen Reichsgeld in kleinwertigeren Scheinen in Zahlung.

Reichsgerichtsurteil in der Gaspreisfrage.

Ist die Gasanstalt berechtigt, beliebige Preise zu nehmen?

* Leipzig, 17. Nov. Zu der heute in erster Linie aktuellen Frage, ob die Gas- und Kraftwerke von ihrer monopolartigen Machtstellung aus berechtigt sind, ihren Kunden zu jeder Zeit aufgewertete Preise zu berechnen, sind einige Entscheidungen aus der Judikatur des Reichsgerichtes von größtem Interesse. Sie lehren nach der „Nb.-W. Ztg.", daß Gewerbeunternehmer, die ein für den Verkehr unentbehrliches Gewerbe betreiben, von einer gewissen Monopolstellung aus nicht berechtigt sind, mit ihren Kunden umzuspringen wie sie wollen, daß es vielmehr gegen die guten Sitten verstößt, wenn sie von ihrer Machtstellung aus lebenswichtige Betriebe dazu ausschlachten, andern unerhörte Lasten aufzubürden, um sich selbst Vorteile zu verschaffen.

Hierzu wird in der Reichsgerichtsentscheidung 1 123-21 wörtlich ausgeführt: Beweis in der Entscheidung vom 15. Mai 1920 (1 25-20, RGZ. Band 199 S. 107) hat der erkennende Senat es als der Rechtsordnung widersprechend erachtet, wenn Gewerbeunternehmer, die ein für den Verkehr unentbehrliches Gewerbe betreiben und gewissermaßen eine Monopolstellung einnehmen, die Zwangslage der Allgemeinheit dazu benutzen, um für sich besondere, mit der Rechtsauffassung nicht vereinbare Vorteile auszubedingen, um so dem Verkehr besondere Fesseln aufzuzwingen.

Denselben Standpunkt vertritt der 1. Senat wieder in der Entscheidung vom 21. März 1923. Wohlgemerkt handelt es sich hierbei immer um den Anspruch der Haftung für eigenes Verschulden. Bezeichnend aber ist, daß der Inhaber eines lebenswichtigen Betriebes, insbesondere dann, wenn er eine Monopolstellung einnimmt, wie das bei den städtischen Gas- und Wasserwerken der Fall ist, diese Machtstellung nicht ausnutzen darf, um unmögliche Summen zu erpressen, und damit die Inhaber kleiner Haushaltungen zu Grunde zu richten.

Sache der Gerichte wird es nunmehr sein, die Ansprüche der Werke an die einzelnen Haushaltungen nachzuprüfen, wenn diese besondere Anträge stellen. So viel uns bekannt ist, kann das Material bei der Schutzgemeinschaft gegen den städtischen Wucher eingesehen werden.

** **„Franz von Assisi und Weltkapitalismus"** lautet das Thema des religiös-wissenschaftlichen Vortrages, den heute (Montag) abend 7,30 Uhr der Jesuitenpater Oswald v. Hell-Brenning in der Georgskirche halten wird. Wir weisen nochmals auf diesen aktuellen Vortrag hin, der zweifellos das allgemeine Interesse auf sich lenkt und eines großen Besuches aus der Stadt wert ist.

Am Mittwoch, den 21. Novbr., Fest Mariä Opferung, erscheint keine Ausgabe der Gelsenkirchener Zeitung.

Anzeigen für die Dienstags-Nummer, die auch am Mittwoch aufliegt, werden bis heute nachmittag 5 Uhr erbeten.

Geschäftsstelle der Gelsenkirchener Zeitung.

** **Die Auszahlung der Erwerbslosen-Unterstützung** erfolgt nach einer Bekanntmachung der Stadtverwaltung im Anzeigenteil dieser Nummer heute (Montag). Da sie erst gegen 6 Uhr abends beendet sein kann, bittet die Verwaltung die Inhaber von Lebensmittelgeschäften, diese ausnahmsweise bis 8 Uhr abends offen zu halten, damit die Erwerbslosen sich noch mit Waren versehen können. Diesem berechtigten Wunsche wird wohl gern Rechnung getragen werden. — In Verbindung hiermit sei auch auf die Bekanntmachung betr. die Markenbrotpreise hingewiesen.

= **Ruhiger Tag.** Der gestrige Sonntag ist in Gelsenkirchen ruhig verlaufen. Zwischenfälle, die ein Einschreiten der Polizei notwendig gemacht hätten, haben sich, wenigstens bis zum Spätabend, nicht ereignet.

* **Die Straßenbahnfahrpreise.** Die Essener Straßenbahnen, die ja für Gelsenkirchen sehr stark in Betracht kommen, haben mitgeteilt, daß bis auf weiteres für jeden Donnerstag und jeden Sonntag eine Erhöhung des Fahrpreises zu erwarten ist. Das ist gewiß keine angenehme Perspektive, aber man weiß jetzt wenigstens über das „ob" Bescheid, während man, was das „wie viel?" anbelangt, namentlich an den Sonntagen immer noch aufs Raten angewiesen ist, bis man im Wagen in mitunter verblüffender Weise aufgeklärt wird. So bezahlte man gestern für eine Fahrt von Gelsenkirchen nach dem Viehofer Platz 200 Milliarden, während vorgestern dafür nur 90 abverlangt wurden. Die Folge einer so enormen und dabei plötzlichen Preiserhöhung besteht natürlich darin, daß viele Leute den Wagen wieder verlassen, weil sie nicht mit einem genügenden Pack von Scheinen versehen sind.

= **Diebstahlschronik.** Nachträglich wurde ein Plünderer aus den Maiunruhen von der hiesigen Kriminalpolizei festgenommen, der in einem Konfektionsgeschäft an der Bochumerstraße Waren in großem Umfange geraubt hatte. — In der Nacht zum 15. November wurde in der Ueckendorferstraße in den Hühnerstall eines Rektors eingebrochen und 5 Hühner und 10 Küken entwendet. — Im hiesigen Armenhause in der Kurfürstenstraße wurden in der Nacht zum 17. November 5 Schweine gestohlen und abgeschlachtet. — Dem Landwirt W. in der Osterfeldstraße wurden in der Nacht zum 17. November 11 Hühner und 4 Hähne mittels Einbruchs gestohlen.

= **Die Zunahme der Kinder-Tuberkulose in Deutschland.** Einen traurigen Einblick in das Anwachsen der deutschen Not gewährt der soeben in der Zeitschrift für Säuglings- und Kleinkinderschutz erschienene Jahresbericht des Kaiserin-Auguste-Viktoriahauses in Berlin, dem das Organisationsamt für Säuglings- und Kleinkinderschutz angegliedert ist. Die Anstalt hat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Besonders bezeichnend aber sind zwei Tatsachen, die hier angeführt werden. Von den Säuglingsheimen und Krankenanstalten, die zu dieser Organisation gehören, mußten nach der Zählung vom Januar 1923 14,8 Prozent geschlossen werden; seither wird sich diese Zahl erheblich vermehrt haben. Noch trauriger ist der Hinweis, daß sich vom 1. April 1922 bis 31. März 1923 die Zahl der Todesfälle an Tuberkulose trotz erheblich geringerer Aufnahmen sehr erhöht hat, daß in dem folgenden Vierteljahr vom April bis Juni 1923 die Zahl der Krankheits- und Todesfälle an Tuberkulose größer geworden ist als im ganzen vorangegangenen Berichtsjahr.

= **Verkürzter Unterricht an Bergschulen.** Von der Westfälischen Bergwerkschaftskasse war bekanntlich beschlossen worden, den Unterricht der Bergschulen Bochum, Dortmund, Recklinghausen und Hamborn einzustellen. Seit dem 1. November wurde dann auch an diesen Schulen nicht mehr unterrichtet. Am 12. Nov. ist an den Bergschulen Bochum, Dortmund und Hamborn ein verkürzter Schulbetrieb wieder eingeführt worden. Die Recklinghäuser Schule ist noch geschlossen. Die Schüler derselben werden in Bochum unterrichtet. Die Schüler haben die durch Heizung und Beleuchtung entstehenden Kosten selbst zu tragen. Die Bergvorschulen sind noch geschlossen.

Aus dem Vereinsleben.

= **Bühnenvolksbund.** Mittwoch, abends 7½ Uhr, findet für die Gruppe „Rot" die Vorstellung „Rigoletto" statt. (Näheres im Anzeigenteil der heutigen Ausgabe.)

Aus der Umgegend.

* **Oberhausen**, 19. Nov. In der vergangenen Woche hatte ein Lehrling bei der Firma Köpper 200 Billionen unterschlagen und damit das Weite gesucht. Zwei jüngere Leute im Alter von 24—25 Jahren hatten den Jungen zu diesem Diebstahl verführt. Doch bald konnte die Kriminalpolizei die beiden Verführer und den Lehrling in Oberhausen festnehmen. Nachdem man sich in „Kluft" geworfen und dabei die 200 Billionen verpulvert hatte, beging man die Schlauheit, zum Ausführungsort der Tat zurückzukehren.

* **M.Gladbach**, 19. Nov. Auch für minderbemittelte Raucher hat eine Hilfsaktion eingesetzt. Der Verband der Tabakgroßhändler im Handelskammerbezirk Gladbach hat für 5000 minderbemittelte Raucher je ein Paket Tabak zum verbilligten Preis von — zwei Milliarden Mark zur Verfügung gestellt. Es werden Gutscheine ausgestellt, auf Grund deren der Tabak bezogen werden kann.

* **Aus dem Landkreise Essen**, 18. Nov. Die Auszahlung von Teuerungszulagen an Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene findet übermorgen (Dienstag) von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags für die Beschädigten und Hinterbliebenen der Postämter Stoppenberg, Katernberg und Schonnebeck mit den Anfangsbuchstaben G—R in der Jugendhalle zu Katernberg (Kirchstraße), für die Beschädigten und Hinterbliebenen des Postamts Rottshausen mit den Anfangsbuchstaben A—J im Volkshaus zu Rottshausen und für die Beschädigten und Hinterbliebenen des Postamts Kray mit den Anfangsbuchstaben A—G in der Jugendhalle zu Kray, am Donnerstag von 9 Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags für die Beschädigten und Hinterbliebenen der Postämter Stoppenberg, Katernberg und Schonnebeck mit den Anfangsbuchstaben A—F und S—Z in der Jugendhalle zu Katernberg (Kirchstraße) statt. Auf Anordnung des Reichsarbeitsministeriums sind die Bezüge der 8 Zahltafeln nochmals zu zahlen. Diejenigen Empfänger, die Zustellung ins Haus beantragt haben, (Hausbestellung) erhalten die Beträge im Versorgungsamt 3, Hagen 13, gezahlt. Die am 16. und 17. d. Mts. nicht abgehobenen Beträge werden am 20. und 22. mit ausbezahlt. Nach diesen Tagen findet eine Auszahlung für Nachzügler nicht statt. Es muß unbedingt daran festgehalten werden, daß nur die erscheinen, deren Anfangsbuchstaben für den betreffenden Tag vorgesehen sind.

* **Wattenscheid**, 19. Nov. In der Nacht zum Freitag wurden aus einem Stalle an der Zentrumstraße 1 Hahn, weiß mit rötlich-bunten Federn, 2 weiße Hühner mit Bauben, 1 schwarzes Huhn und ein rebhuhnfarbiges Huhn gestohlen. Nach den Courtz zu urteilen sind

An unsere Postbezieher!

Infolge der durch die Geldentwertung verursachten Verteuerung der Herstellungskosten der Zeitung waren wir genötigt, von unseren Postbeziehern bereits eine Nacherhebung des Bezugspreises einzuziehen. Da die Teuerung andauernd weiter schreitet, muß vom 19. November ab eine **zweite Nacherhebung** vorgenommen werden. In den nächsten Tagen wird der Postbote eine **Nachnahme über 700 Milliarden** vorzeigen, um deren Einlösung gebeten wird. Im Falle der Nichteinlösung sind wir gezwungen, die Zusendung der Zeitung einzustellen. Bei den Schwierigkeiten, mit denen das Zeitungsgewerbe zu kämpfen hat, geben wir der Ueberzeugung Ausdruck, daß unsere Postbezieher restlos unserer Bitte entsprechen werden.

Verlag der Gelsenkirchener Zeitung.
Chr. Münstermann.

---

die Hühner an Ort und Stelle abgeschlachtet worden. — Am hellen Tage wurden junge Buschen bemerkt, die an Brotwagen die Türen mittels eines Nachschlüssels öffneten und Brote entwendeten.

* **Buer**, 18. Nov. In der letzten Zeit sind aus den Lichtleitungen, die zu den Bauerngehöften in Buer-Resse führen, wiederholt lange Stücke herausgeschnitten worden. Als Freitag abend wieder das elektrische Licht in jener Gegend der Stadt erlosch, vermutete ein Kriminalbeamter, daß abermals Diebe sich an den Leitungsdrähten zu schaffen machten. Der Beamte ging der elektrischen Lichtleitung nach. Er stieß auf zwei Burschen, von denen der eine einen Revolver zog und den Beamten einen Schuß in den Oberarm versetzte. Hierauf machte auch der Beamte von seiner Waffe Gebrauch und streckte einen der Burschen durch einen Schuß in den Kopf nieder. Der zweite ergriff die Flucht und feuerte noch mehrmals aus seinem Revolver, ohne jedoch zu treffen. Der Verletzte starb sofort an den Folgen des Kopfschusses. In der Rechten hielt er noch den geladenen Revolver. Neben ihm lag ein Sack, gefüllt mit kupfernem Leitungsdraht von hohem Wert. Die Feststellungen ergaben, daß es sich um einen Arbeiter der städtischen Lichtwerke handelt, der seinerzeit bei der Anlage der Lichtleitungen in Buer-Resse mitgeholfen hat. Noch in der Nacht wurde der zweite Dieb verhaftet. Auch dieser ist auf den städtischen Lichtwerken tätig.

* **Buer**, 19. Nov. Der 12 Jahre alte Schüler Franz Krawczak von hier wird vermißt. Er ist vor etwa 8 Wochen nach Marbeck-Heiden gefahren, um dort bei den Bauern Lebensmittel zu holen. Bekleidung: graue Mütze, graue Jacke, braune Manchesterhose, barfuß.

* **Gladbeck**, 19. Nov. Freitag abend zwischen ½7 und 7 Uhr haben Diebe die Räucherkammer des Metzgers Schürmann in Zweckel ausgeräumt. Die Fleisch- und Wurstwaren — über 2 Zentner — waren von verschiedenen Bergleuten zum Räuchern zu dem Metzger gebracht worden, dem Metzger selbst gehörte nichts davon. Einem Bergmann sind allein 47 Mett- und Leberwürste, anderen Schinken, Speckseiten usw. gestohlen worden. — In die Milchbude an der Rentforterstraße wurde Freitag nacht ein Einbruch verübt. Die Diebe stahlen Landbutter und Margarine, außerdem mehrere Rollen Keks.

* **Horst**, 19. Nov. Auf dem neuen Friedhof wurden von einigen Gräbern die Bronzeketten entwendet. — Aus einem Hühnerstall an der Markenstraße wurden 8 Hühner und 2 Hähne entwendet. — In der Essenerstraße wurden Keller erbrochen und Kartoffeln entwendet. — Aus einer Metzgerei an der Burgstraße wurden aus dem Kühlhaus etwa 5 Zentner Fleisch- und Wurstwaren gestohlen.

* **Stoppenberg**, 19. Nov. An die Mitbürger richtet die Bürgermeistereiversammlung einen Aufruf, in dem es unter anderem heißt: Die Zeit wird immer ernster! Die Erwerbslosigkeit nimmt in einer Weise zu, wie sie, so lange unsere Gemeinden bestehen, sich nicht fühlbar machte! Tausende und Abertausende stehen vor dem Nichts und sind schutzlos der Winternot preisgegeben. Da ist es Pflicht eines jeden, dem ein Herz für seine Mitmenschen schlägt, zu helfen, wo immer er kann. Die Möglichkeit, Volksküchen in großem Umfange einzurichten, scheitert an der Erschöpfung der Gemeindefinanzen. Wir aber wollen versuchen, sei es durch Verbilligung von Lebensmitteln, sei es durch Verabfolgung von Suppen an die Allerbedürftigsten, soviel in unseren Kräften steht, zu helfen! Deshalb wenden wir uns an alle, die nur irgendwie dazu imstande sind, mit der Bitte, uns durch eine möglichst große Beisteuer zu diesem Zwecke unsere Arbeit zu erleichtern. Gern nehmen wir gebrauchte Kleidungs- und Wäschestücke zur Verteilung an Bedürftige entgegen. Auch bitten wir alle, die in der Lage sind, einem Kinde den Winter hindurch ein tägliches Mittagessen zukommen zu lassen. Alle derartigen Mitteilungen erbitten wir nach Zimmer 29 des hiesigen Rathauses.

Gemeinderatssitzung Günnigfeld.

* **Günnigfeld**, 19. Nov. In der letzten Gemeinderatssitzung, die unter dem Vorsitz des Amtmanns Baumann stattfand, beschäftigte sich das Kollegium zunächst mit der Anschaffung einer Tragbare. Der Vorsitzende weist auf die Teuerung hin, die bei Todesfällen den einzelnen Familien unerträgliche Lasten auferlege. Die Bahre soll dazu dienen, diese Lasten zu erleichtern. Es wird beschlossen, eine Tragbahre für Todesfälle anzuschaffen und mit der Zeche „Hannover" um Ueberlassung des Krankenwagens bei Unglücksfällen zu verhandeln. — Der Wirteverein hat beantragt, einen Vertrag über die Getränkesteuer abzuschließen, derart, daß die in einer früheren Sitzung beschlossene Besteuerung der einzelnen Getränke in eine Pauschalsteuer umgewandelt werde. Das Kollegium ist damit einverstanden, daß eine Pauschalsteuer genommen wird und zwar einheitlich 5 Prozent. — Wegen Erhöhung der Dienstkostenentschädigung des Gemeindevorstehers soll eine Besprechung der einzelnen Gemeindevorsteher einberufen werden. Gedacht ist an einen gewissen Prozentsatz der Friedensentschädigung in Goldmark.

Amtmann Baumann macht auf die finanziellen Schwierigkeiten aufmerksam, daß es der Gemeinde schwer falle, die Löhne der Gemeindearbeiter in der bisherigen Höhe auszubezahlen. Er halte es für seine Pflicht, die Gemeindevertretung darauf hinzuweisen. Das Kollegium ist der Ansicht, daß die Löhne der Gemeindearbeiter gegenwärtig zwar höher als die der Bergarbeiter, aber nicht zu hoch seien. Man will die Entlöhnung in bisheriger Weise aufrechterhalten. — Der Vorsitzende stellt unter „Mitteilungen" noch die Berechnung der Hundesteuer formell richtig. Statt des Silberankaufspreises soll die von der Regierung festgestellte Verhältniszahl als Multiplikator genommen werden. — Einem Gesuch eines Kriegsbeschädigten um Erlaß der Hundesteuer wird entsprochen. — Gemeindevorsteher Tölle kommt sonach auf die Kartoffelversorgung zu sprechen. Stemmann habe damals als die Unruhen ausbrachen, mehrere Waggons Kartoffeln an der Bahnstation stehen gehabt. Hauptbedingung sei jetzt, wertbeständiges Geld zu erhalten. Die Landesbank in Münster sei auch bereit, gegen Bürgschaft solches Geld der Gemeinde zu leihen. Man müsse eine Hypothek aufnehmen, anders könne die Frage der Kartoffelversorgung nicht gelöst werden. Versammlung willigt ein, eine Hypothek in Höhe von 100 000 Goldmark aufzunehmen, um wertbeständiges Geld zum Ankauf von Kartoffeln zu bekommen. Gn. Becker (S.) stellt zum Schlusse noch den Antrag, eine Kommission zu wählen, die die Listen der Erwerbslosen nachprüfen solle. Es müsse unter den Erwerbslosen gesiebt werden. Manche würden Erwerbslosenunterstützung beziehen, obwohl sie über genügend Einnahmequellen verfügten. Versammlung ist mit der Wahl einer derartigen Kommission einverstanden.

Eine neue Sicherheitsvorrichtung für Förderungsanlagen.

⊕ **Buer**, 18. Nov. Dem Bergmann Oskar Sawitzky aus Buer-Scholven ist, wie eine Berliner Korrespondenz mitteilt, das Reichspatent für eine Erfindung erteilt worden, die für den gesamten Bergbau von ungeheurer Wichtigkeit ist. Es handelt sich nämlich um eine Sicherheitsvorrichtung für Förderungsanlagen zur Verhütung von Unglücksfällen bei Seilbruch. Diese Sicherheitsvorrichtung beruht darin, daß die an dem Förderseil sitzenden Förderkörbe untereinander durch ein über der Bremsrolle geführtes Sicherheitsseil verbunden sind. Auf der Achse der Bremsrolle ist ein durch einen Motor antreibbares Zahnrad verschiebbar angeordnet; dies Zahnrad kann in entsprechende Ansätze der Bremsrolle eingreifen und so den Antrieb der Bremsrolle zwecks Hebens der Förderkörbe ermöglichen. Reißt das Förderseil, so können die Insassen des Förderkorbes die Kniehebel so anziehen, daß die Bremsschuhe in die Zahnleisten eingreifen. Gleichzeitig wird von dem Maschinisten die Bremsvorrichtung für die Gleitrolle betätigt. Ist auf diese Weise der Förderkorb zum Stehen gebracht, so wird das Zahnrad in die Gleitrolle eingeschaltet, so daß nunmehr der Förderkorb mittels des Sicherheitsseiles hochgezogen werden kann.

Turnen • Sport • Spiel.

Trabrennen zu Gelsenkirchen.

= **Gelsenkirchen**, 18. Nov. Trotz des dräuenden Wetters wurden alle Rennen trocken unter Dach gebracht. Die verhältnismäßig große Menge der Zuschauer kam voll und ganz auf ihre Kosten. Die Felder waren gut besetzt. Die einzelnen Rennen brachten manche Ueberraschungen. Trotz starker Rivalen konnte Languste unter ihrem Fahrer Teuren zweimal durchs Ziel schießen und erhielt damit den Preis des internationalen Herrenfahrens. Die größte Quote des Tages brachte im 6. Rennen Othello IV unter ihrem Fahrer Forthmann als Platzpferd 201 : 10. Die Resultate der einzelnen Rennen sind:

1. **Preis von Wiederau** (4.2 Billionen — 1600 Mtr). 1. Pfirsch (Fahrer Gillar), 2. Short Bird, 3. Cambus Boy. Tot. Sieg 20 : 10, Platz 11, 10, 12 : 10.
2. **Preis von Uebigau** (4.2 Billionen — 2200 Meter). 1. Long A (Fahrer Sterbut), 2. Orchidee, 3. Fridolin IV. Tot. Sieg 16 : 10, Platz 11, 15, 13 : 10.
3. **Internationales Herrenfahren** (18 Billionen — 2000 Meter). 1. Vorlauf 1. Longinoir (Fahrer Middeldorf), 2. Kuja Deka, 3. Frauenthaler. Tot. Sieg 54 : 10, Platz 18, 20, 20 : 10.
4. **Zweiter Vorlauf.** 1. Languste (Fahrer Teuren) 2. Lolly 1, 3. Bechamelle. Tot. Sieg 20 : 10, Platz 13, 18, 15 : 10.
5. **Preis von Bargteheide** (5 Billionen — 2400 Meter). 1. Aurora II (Fahrer Sterbut), 2. Immerfort, 3. Rauchwolke. Tot. Sieg 11 : 10, Platz 13, 16, 21 : 10.
6. **Entscheidungslauf.** 1. Languste (Fahrer Teuren) 2. Bechamelle, 3. Othello IV. Tot. Sieg 17 : 10, Platz 15, 32, 201 : 10.

Handel und Gewerbe.

Wirtschaftszahlen von heute.

Dollar (amtlich)	**2 513 700 000 000 M.**
1 Goldmark (1 Dollar durch 4,2)	**598 500 000 000 M.**
Silberankaufspreis ab 12. Nov.	**150 000 000 000 %**
Reichsbankdiskont	**40 %**
Postkarte im Nahverkehr ab 12. Nov.	**2 000 000 000 M.**
Postkarte im Fernverkehr ab 12. Nov.	**5 000 000 000 M.**
Brief im Nahverkehr ab 12. Nov.	**5 000 000 000 M.**
Brief im Fernverkehr ab 12. Nov.	**10 000 000 000 M.**
Personenverkehrzuschlag ab 3. Nov.	**150 000 000 000 M.**
Güterverkehrzuschlag ab 3. Nov.	**150 000 000 000 M.**
Großhandelsindex ab 13. Nov.	**265 600 000 000 %**
Lebenshaltungsindex ab 5. Nov.	**98 500 000 000 %**
Ortsgespräch	**7 500 000 000 M.**
Buchhändlerindex ab 16. Nov.	**720 000 000 000 M.**
Buchdruckgewerbeindex ab 31. Okt.	**800 000 000 M.**
Landabgabenindex	**137 000 000 M.**
Kleinhandelsmultiplikator *)	**600 000 000 000 M.**
Reichssteuerumrechnungssatz	**600 000 000 000 M.**

Elektrizitätspreis für Licht und Kraft (1 Kilowattstunde) **und Gaspreis** (1 Kubikmeter): **Rechnung auf Goldmarkbasis nach Tageskurs.**

*) Die Festsetzung erfolgt täglich und ist gültig von Mittag zu Mittag.

Berliner Börsenbericht.

= **Berlin**, 17. Nov. Bei ungehinderter starker Nachfrage wurden die Devisenkurse in gleicher Höhe mit unveränderten Zuteilungen festgesetzt. Dollarschatzanweisungen und Goldanleihe mußten wegen Mangels an verfügbaren Materials gestrichen werden. Für Effekten herrschte etwas festere Stimmung, doch war allgemein Zurückhaltung zu beobachten mit Rücksicht auf die Unsicherheit der außen- und innerpolitischen Lage.

Brennabor
Das beste Rad

Gott dem Herrn über Leben und Tod hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, am Freitag nachmittag 4 Uhr meine innigstgeliebte Gattin, unsere herzensgute, treusorgende Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante, die wohlachtbare

Ehefrau Bernhard Mertmann
Anna Katharina geb. Lukahsen

nach kurzem, schwerem, mit großer Geduld ertragenem Leiden, oftmals gestärkt mit den Heilsmitteln der röm.-kath. Kirche, im Alter von 46 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Um stille Teilnahme und ein Gebet für die liebe Verstorbene bitten

Die trauernden Hinterbliebenen.

Rotthausen, Gelsenkirchen, Kray, Recklinghausen, Disteln, Dernekamp und Rödder, den 17. November 1923.

Die Beerdigung findet Dienstag morgen 8 Uhr vom Sterbehause, Karl-Meyerstraße 41, aus statt. Die feierlichen Exequien sind gleich darauf in der Pfarrkirche zu Rotthausen. 26641

Bekanntmachung.

Infolge Betriebsschwierigkeiten werden mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde vom 20. ds. Mts. ab alle auf Bahnhof Gelsenkirchen-Bismarck ankommenden Stückgüter — einschließlich bahnlagernd gestellte — für Groß-Gelsenkirchen und Buer-Erle zwangsweise durch bahnamtliche Rollfuhren zugestellt. 26648

Essen, den 17. November 1923.

Reichsbahn-Verkehrsamt I.

Freibrot-Preise
ab 19. November 1923.

1 Pfd. Stuten	270 Milliarden Mk.
3 Pfd. 70% Brot	600 Milliarden Mk.
3½ Pfd. 85% Brot	600 Milliarden Mk.
3½ Pfd. Schwarzbrot	500 Milliarden Mk.
1 Pfd. Schwarzbrot, geschnitten	160 Milliarden Mk.

Bäcker- und Konditoren-Zwangsinnung Gelsenkirchen.

Großes Lager oder Ladenlokal
als Niederlage für eine Lackfabrik gegen wertbeständ. Miete (Dollar, Gulden etc.) zu mieten gesucht.
Offerten an **E. Schmedenhagen,** Bismarckstraße 123. Telephon 2757. 26606

Achtung!
Weise **möbl. Zimmer** (Nähe der Hauptpost) nach, gegen höchste Vergütung. Schriftl. Anerb. unt. Nr. 26645 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.

Groß-Handelshaus sucht zur Bearbeitung und Beratung in Steuer- und Rechtsfragen einen

Privat-Syndikus

dem bei Bewährung Prokura erteilt wird. Besonderer Wert wird auf praktische Erfahrung gelegt.

Schriftl. Anerbieten mit Referenzen und Bild unt. Nr. 26650 a. d. Geschäftsstelle dieser Zeitung erbeten.

Bekanntmachungen der Stadtverwaltung.

Bekanntmachung.

Am Montag, den 19. d. Mts. wird gegen 2 Uhr Unterstützung an die Erwerbslosen gezahlt und zwar für 6 Tage nach den Sätzen der Vorwoche. Sollte wider Erwarten am Ende der Woche regierungsseitig eine Erhöhung der Unterstützungssätze nicht herauskommen, ist damit die laufende Woche abgegolten.

Gegen 12 Uhr kann das zur Zahlung notwendige Geld von den Arbeitgebern bei der Stadtkasse in Empfang genommen werden. Es empfiehlt sich die dazu notwendige Anweisung aber schon früher im Arbeitsamt abzuholen, damit dort die Bureaugeschäfte in Ordnung können erledigt werden.

Die Lebensmittelhändler werden gebeten, an diesem Tage die Geschäfte bis 8 Uhr offen zu halten.

Der Oberbürgermeister.
J. V. Sieglar.

Bekanntmachung.

Mit Rücksicht auf die seitige Notlage der Erwerbslosen hiesiger Stadt, veranstaltet die Stadtverwaltung heute, Montag, den 19. November, nachmittags, eine Ausspeisung der Unterstützung.

Dieselbe wird vor 6 Uhr abends nicht beendet sein. Aus diesem Grunde ersuche ich alle Lebensmittelgeschäfte, ihre Lokale bis 8 Uhr abends geöffnet zu halten und Waren zu verabfolgen.

Gelsenkirchen, den 18. Nov. 1923.

Der Oberbürgermeister.
J. V. Spenger.

Bekanntmachung.

Die neuen sofort in Kraft tretenden Gebühren für die städtischen Friedhöfe Gelsenkirchens können im Zimmer 15 der Verwaltungsschule eingesehen werden. Auskunft wird darüber auch in den Dienstzimmern der Gartenverwaltung und der städtischen Friedhöfe erteilt. 26643

Gelsenkirchen, den 17. Nov. 1923.

Der Oberbürgermeister.

Markenbrotpreise
ab 19. November 1923.

Unter Hinweis auf die heutige Notiz im redaktionellen Teil werden folgende Höchstpreise festgesetzt:

Grau- u. Schwarzbrot zu 7 Pfd.	818 Milliarden Mk.
Grau- u. Schwarzbrot zu 3½ Pfd.	410 Milliarden Mk.
Kasselerbrot zu 7 Pfd.	868 Milliarden Mk.
Kasselerbrot zu 3½ Pfd.	435 Milliarden Mk.
1 Pfd. Schwarzbrot geschnitten	138 Milliarden Mk.

Der Oberbürgermeister.
Der Kreisausschuß.

Große Versteigerung.

Morgen, Dienstag, den 20. Novbr., nachm. 3½ Uhr, werde ich in meiner Auktionshalle, Restaurant zum Tiergarten, Marktstraße 11, wegen Auswanderung nach Ostpreußen folgende gebrauchte Sachen öffentl. versteigern:

1 Küche mit Herd und sämtlichen Haushaltsachen, 1 Schlafzimmer,

ferner 1 Vertiko, 1 Nähmaschine, Kleiderschränke, 1 Herd, 1 Vollschrank, hochfeine Hängelampe, 1 Teppich, 1 Sofa, 2 Chaiselongues, mehrere Bettstellen mit Matratzen, getragene Herren- und Damensachen und vieles mehr. 26646

Besichtigung ½ Stunde vorher.

Florian Kiesse
Auktionator und Taxator,
Bismarckstraße 69. — Telephon 2971.

NB. Auswandernde nach Ostpreußen können zu jeder Zeit hier in meiner Auktionshalle Möbel zur Versteigerung anmelden.

Achtung! Achtung!



Heute morg. 9 Uhr großer 18777

Schweineverkauf.

Bin mit ein. Transp. großer und kleiner Schweine eingetroffen, die ich zum billigen Tagespreise abgebe. Keiner versäume die günst. Gelegenheit. Heinr. Schübert, Schalke, Haldenst. 17. Tel. 2988.

Dentistin
tücht. Kraft, möglichst evgl., für sofort ges. Schriftliche Anerb. unter Nr. 26644 an die Geschäftsst. ds. Ztg.

Krätze
entsetzl. Hautjucken beseitigt ohne Berufsstörung und ohne Schmierkur.

Beinleiden
auch in veralt. Fällen werden geheilt.

Flechten,
nasse und trockene, Eitergeschwüre, Kopfschorf bei Kind. usw., sämtl. Hautkrankheit. werden geheilt.

Hofinstitut für alle Hautkrankheiten. Wanne, Hindenburgstraße 118.

Jeden Dienstag u. Freitag v. morgens 9.30 bis 12.15 Uhr in Gelsenkirchen, Wirtschaft Simon, Alter Markt. 7660

Lehrling
aus guter Familie mit gut. Zeugnissen stellt sofort ein 26647

Bahnamtl. Spedition **J. Hoden,** Viktoriastraße 132.

Alleinstehende Frau sucht Stelle als Haushälterin, kann auch im Geschäftshaushalt fortig werden. Zu erfragen Fischer, Rotthausen, Kampstraße 4.

Achtung!

Treffe heute mit einem großen Transport

Schweine

ein, die ich billigabgebe **Raphael,** Königst. 11 am Alten Markt.

Besseres Fräulein
(28 J.), sucht Stelle in feinem Haushalt. Näh. i. d. Geschäftsst.

Spanisch, Portugiesisch und Englisch
wird f. Auswanderer erteilt. Schriftl. Anerb. u. Nr. 26392 an die Geschäftsstelle.

Hund zugelaufen.
Gegen Erstattung der Unkosten binnen drei Tagen abzuholen, da sonst Eigentum. Wwe. Grzella, Grillostr. 38a.

Gebrauchte Eisenfässer
verzinkt und unverzinkt, von 200 Ltr. an zu kaufen gesucht. Uebernehme auch angerostete u. fehlerhafte.
Th. Klein, 26120
Bergmannstraße 35. Telephon 612.

Kunststopferei
Luitpoldstraße 11
(Nähe Realgymnasium).
Repariert Kleidungsstücke und Stoffe jeder Art bei bekannt billigsten Preisen und kurzer Lieferzeit. Eilige Sachen sofort.
Hedwig Porsch.

Hohe Belohnung.

demjenigen, der mir meinen am Samstag mittag abhanden gekommenen schwarzen Spitz (Rüde), auf den Namen „Mole" hörend, Steuermarke 1748, wiederbringt, oder mir anzeigt, wo derselbe festgehalten wird.

Adam Bessing, Grenzstraße 121.

Miet-Pianos und Harmoniums
vorrätig.
Pianohaus Kohl & Co.
Gelsenkirchen, Hindenburgstr. 6.

Wegen Auswanderung **3-Zimmer-Einrichtung** Tiefbackherd, neues Fahrrad, Nähmaschine und Badewanne preisw. Dollar zu verkaufen. Schriftl. Anerb. unt. Nr. 26639 an die Geschäftsstelle ds. Ztg.



1 Waggon Bielefelder **Faselschweine**
angekommen, welche ich sehr billig abgebe. Karl Wiese, Gelsenk.-Bismarck, Rottstr. 20. Verkaufsz. v. 9 Uhrab.

Säcke
Kaufe jed. Posten auch Papiersäcke **zum höchsten Tagespreis.**
A. TANNE
Hochstr. 81, 2. Etg. Telephon 2839.

Paßbilder
in 1 Stunde. 20841
Schützenstr. 22. Nähe Bismarckstraße.
Sonntags geöffnet.

Möbel sowie **Federbetten**
zu verkaufen. 26610
Näh. i. d. Geschäftsst.

Kleiner **Zimmerofen** 26638
zu verkaufen.
Bismarckstr. 71, II. E.

Drucksachen für Handel und Gewerbe
in geschmackvoller Ausführung schnell und preiswert in der Buch- und Kunstdruckerei Chr. Münstermann, Gelsenkirchen, Adolfstr. 37

Theatergemeinschaft Bühnenvolksbund Gelsenkirchen.

Geschäftsstelle Theresienstraße 7, Gesellenhaus. Bureaustunden von 9 bis 1 Uhr vormittags.

Mittwoch, den 21. November 1923, abends 7½ Uhr: 26637

Gruppe Rot. Gruppe Rot.

Rigoletto

Oper in 3 Akt. von Guiseppe Verdi

Die Inhaber der Gruppe Rot müssen ihre Tages-Eintrittskarten bis Dienstag mittag 1 Uhr eingelöst haben, anderenfalls über die Plätze verfügt wird. Die Oper „Rigoletto" wird für die anderen Gruppen nicht gegeben. Die Inhaber der Gruppe Grün und Gelb können ab heute Eintrittskarten für „Rigoletto" zu Vorzugspreisen erhalten.

Tanz-Sport-schule Gros
Essenerstraße 36.

Der Zirkel für Fortgeschrittene in mod. Tänzen nach der neuesten Richtung des Reichsverbandes für Tanzsport beginnt Dienstag, den 20. November, abends 8 Uhr, bei Kitzhöver, Kirchstr. 3. Pers. Anmeldung erwünscht. Privatstund. jederzeit.

Färberei Juckenack
chem. Wäscherei
empfiehlt ihre bekannt beste Arbeit. 5290
Fabrik: Knappenstr. 23
Telephon 3550.
Hauptgesch. Weidenstr. 9
Annahmestellen:
Hochstraße, Ecke Neustraße, Heinrichsplatz, Weidenstr. 9, Bochumerstr. 108, Buschweg-Ecke.



mit den Dampfern des
NORDDEUTSCHEN LLOYD BREMEN
Beste Reisegelegenheit in allen Klassen
Anerkannt gute Verpflegung und Bedienung
Kostenlose Auskunft und Fahrpläne durch sämtliche Vertretungen
In Gelsenkirchen: **Lloyd-Reisebureau Hugo Degenhard,** Bahnhofstraße 20.